

Lucht

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Zur deutschen Frage	1
A. JERUSSALYMSKI — Die Traditionen der englischen Diplomatie und das deutsche Problem	4
B. MICHAILOW — Zur politischen Lage in Frankreich	10
L LABIN — Zur Frage der versetzten Personen	14
Internationale Umschau (Notizen)	19
N. PROZENKO — Auf Formosa (Reisenotizen)	24
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	29
Chronik der internationalen Ereignisse	32

21

23. Mai 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12

Zur deutschen Frage

FAST EIN MONAT ist vergangen seit der Moskauer Tagung des Außenministerrats, aber immer noch stehen die Ergebnisse der Arbeit dieser Session, in erster Linie die deutsche Frage, im Zentrum der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Das ist ganz natürlich. Die Moskauer Tagung hat ja nur den Anfang gemacht mit der Lösung der deutschen Frage, die für das Schicksal der Welt von lebenswichtiger Bedeutung ist. In allen Ländern warten Millionen von Menschen auf ihre endgültige Lösung im Interesse eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit.

Angesichts dessen ist das Interesse begreiflich, mit dem die am 29. April gehaltene Rundfunkrede G. Marshalls, des Leiters der amerikanischen Delegation, und die am 15. Mai gehaltene Unterhausrede E. Bevins, des Leiters der englischen Delegation, die beide den Ergebnissen der Moskauer Tagung gewidmet waren, aufgenommen worden sind. Aber diese Reden vermochten die demokratische öffentliche Meinung nicht zufriedenzustellen. Vor allem deshalb, weil sie das Wesen der Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Frage nicht objektiv dargelegt und über den Standpunkt und die Vorschläge der Sowjetdelegation unrichtig informiert haben.

Offenbar wurde mit diesen Reden bezweckt, den Eindruck hervorzurufen, als ob der Standpunkt der Sowjetdelegation eine rasche und erfolgreiche Lösung des deutschen Problems verhindert habe. Die Delegationen Englands und der USA wurden hierbei schier in der Rolle von Verfeindern der Potsdamer Beschlüsse hingestellt, während die Vorschläge der Sowjetdelegation, insbesondere in der Frage der Reparationen und der deutschen Zentralregierung, als mit diesen Beschlüssen im Widerspruch stehend bezeichnet wurden. Eine solche Darstellung der Sache läuft der Wahrheit völlig zuwider. Hiervon kann sich leicht jeder überzeugen, der sich mit der auf

der Moskauer Tagung des Außenministerrats geprägten Diskussion bekannt macht.

Die besondere Bedeutung dieser Tagung besteht eben darin, daß die Standpunkte jeder der Großmächte in der deutschen Frage deutlich bestimmt wurden und daß die von ihnen gegenwärtig in Deutschland und hinsichtlich Deutschlands betriebene Politik mit voller Klarheit hervortrat. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage der Erfüllung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam. Das beharrliche Bestreben der englischen und der amerikanischen Delegation, von diesen Beschlüssen abzurücken, ihre Revision, ja sogar ihre Aufhebung durchzusetzen, entspricht völlig der Politik der britischen und der amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland, die die wichtigsten und wesentlichen Leitsätze dieser Beschlüsse verletzen, nämlich die konsequente Demilitarisierung, Demokratisierung und Denazifizierung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens Deutschlands. Diese Ziele werden nur in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht.

Man sollte meinen, die Bemühungen aller vier Mächte bei der Lösung des deutschen Problems müßten auf ein einheitliches Ziel ausgerichtet sein: zu erreichen, daß Deutschland niemals wieder seine Aggression erneuern kann. Strebt man jedoch dieses Ziel ernstlich und unerschütterlich an, so muß man zugeben, daß der allein wahre Weg zu seiner Erreichung darin besteht, die in den Abkommen von Potsdam und Jalta beschlossene völlige Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands zu verwirklichen. Eben eine solche Politik verlangte die Sowjetdelegation auf der Moskauer Tagung. Von diesem Gesichtspunkt ging die Sowjetdelegation auch an die Beurteilung des von England befürworteten amerikanischen Projekts eines Viermächtevertrags über die Demilitarisierung Deutschlands heran. Dieses Projekt beschränkt sich auf Maßnahmen, die zur Abrüstung Deutschlands führen sollen, und läßt

die Demokratisierung und Denazifizierung außer acht. Dadurch setzt es sich hinweg über die grundlegenden Garantien für die Verhinderung einer deutschen Aggression, wie sie in den historisch gewordenen Potsdamer Beschlüssen postuliert sind.

Millionen von Menschen haben die Tagung des Außenministerrats verfolgt. Auch die Ausführungen der Sowjetdelegierten und ihre Vorschläge sind in der Presse eingehend beleuchtet worden. Die für die Sowjetunion maßgebende Konzeption in der Lösung der deutschen Frage ist weithin bekannt. Unter diesen Umständen muß man den Versuch, den Standpunkt der Sowjetdelegation zu entstellen, als sehr riskant bezeichnen. Man wird natürlich fragen, was zu einem solchen Versuch Veranlassung gibt. Eine Erklärung läßt sich nur in einer einzigen Tat- sache finden — in dem Bestreben, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung Englands und der USA von dem Wesen und dem Sinn der gegenwärtig von den Regierungen dieser Länder in der deutschen Frage betriebenen Politik abzulenken.

Viele Seiten dieser Politik können in breiten Kreisen Englands und der USA keine Unterstützung finden. Die beabsichtigte Zerstückelung Deutschlands, die beabsichtigte Lostrennung des Ruhrgebiets von dem übrigen Deutschland, die Verhinderung einer gemeinsamen Kontrolle der vier Großmächte über dieses für die Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern auch einer Anzahl europäischer Länder wichtigste Industriegebiet und seine faktische Verwandlung in eine Domäne der amerikanischen und englischen Monopole haben nichts gemein mit der Demokratisierung Deutschlands, also auch mit der Schaffung wirklicher Sicherheitsgarantien. Eine solche Politik kann nicht nach dem Herzen von Millionen einfacher Menschen weder in England noch in der USA sein, sobald sie ihren Sinn begreifen. Deshalb verhüllen die Gegner der Demokratisierung Deutschlands und diejenigen, die an den einer richtigen Lösung des deutschen Problems im Wege stehenden Schwierigkeiten in Wahrheit schuld sind, ihre wirkliche Politik mit leeren Worten, in denen sie von ihrem Wunsch sprechen, eine „Friedensgarantie“ zu schaffen, wobei sie gleichzeitig bemüht sind, die wirklichen Argumente derjenigen, die ihre wahren Pläne ans Licht ziehen, zu verschweigen.

Eine Lösung der deutschen Frage kann nur dann richtig sein, wenn sie auf die wirkliche Verwandlung Deutschlands in ein friedliebendes demokratisches Land orientiert ist. Hierauf ziehen alle Sowjetvorschläge ab, auch die Vorschläge über die Reparationen. Kennzeichnend ist, daß

gerade in dieser Frage ein bestimmter Teil der amerikanischen und der englischen Presse die öffentliche Meinung am nachdrücklichsten irreführt. Sowohl Marshall als auch Bevin stellen die Sache in ihren Reden so hin, als ob die Befriedigung der Reparationsansprüche der Sowjetunion die deutsche Wirtschaft zerstören, ihren Wiederaufbau verhindern und in letzter Instanz zu einer Belastung für die englischen und amerikanischen Steuerzahler führen würde.

In Wirklichkeit aber setzen die gemäßigten und berechtigten Reparationsforderungen der Sowjetunion die Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft voraus. Die Sowjetunion ist mit ihren Vorschlägen bestrebt, die industrielle Macht und die Produktivkräfte Deutschlands auf einen friedlichen Weg zu lenken, was der Forderung, Deutschland in ein friedliebendes demokratisches Land zu verwandeln, vollauf entspricht. Dies steht im Einklang auch mit den Interessen Deutschlands und seiner Bevölkerung, und den englischen oder amerikanischen Steuerzahler kann es in keiner Weise belasten. Im Gegenteil — gerade hier muß der richtigste und sicherste Weg zur Wiederherstellung der Wirtschaft Deutschlands und ihr Übergang zur Selbstversorgung gesucht werden.

Auf der Tagung des Außenministerrats ist zu Tage getreten, daß die Einwendungen der amerikanischen und der englischen Delegation dagegen, daß die Sowjetunion Reparationen aus der laufenden Produktion erhält, durchaus nicht von Sorge für die Interessen der englischen oder amerikanischen Steuerzahler oder aber der Bevölkerung Deutschlands eingegeben werden. Diese Einwendungen werden vor allem hervorgerufen durch den Druck der amerikanischen und englischen Monopole, die eine Entwicklung der deutschen Friedensproduktion nicht zulassen wollen, weil sie ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkt fürchten. Derartige Erwägungen werden — zwar inoffiziell, aber doch deutlich genug — von einigen führenden Männern sowohl Englands als auch der USA vorgebracht.

Die Entschlossenheit, eine Entwicklung der Friedensindustrie Deutschlands nicht zuzulassen, wird kombiniert mit einer Politik, die darin besteht, sein kriegsindustrielles Potential aufrechtzuerhalten und die deutschen Monopole in Schutz zu nehmen. Beyin hat sich in seiner Rede vom 15. Mai direkt gegen die Dekartellierung Deutschlands ausgesprochen, indem er erklärte, er sei kein Anhänger der Zersplitterung der wichtigsten Zweige der deutschen Industrie.

In wessen Interesse soll denn schließlich die deutsche Frage gelöst werden? Im Interesse der Völker, die Friedens- und Sicherheitsgarantien

verlangen? Oder sollen bei ihrer Lösung in erster Linie die Interessen der englischen und amerikanischen Monopole maßgebend sein? Da nun die einen und die anderen Interessen miteinander unvereinbar sind und einander widersprechen, dürfte es klar sein, daß die eigennützigen Interessen der kapitalistischen Monopole vor den lebenswichtigen gemeinsamen Interessen der Völker zurücktreten müssen.

Uns scheint, daß gerade der mangelnde Wunsch, diese Frage zu klären, die Leiter der englischen und der amerikanischen Außenpolitik dazu veranlaßt hat, in ihren Reden die Stellungnahme der Delegation der Sowjetunion auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats zu verdrehen und dabei das wahre, prinzipielle Wesen der Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Frage und den Sinn der Sowjetvorschläge zu verschweigen.

Einige Kommentatoren haben sich beeilt, zu erklären, die Moskauer Tagung habe mit einem „Fiasco“ geendet. Diese Behauptung ist unwahr. Die Tagung hat keine geringe Arbeit geleistet. Sie hat eine Reihe einstimmiger Beschlüsse gefaßt über die Demilitarisierung, Demokratisierung und Denazifizierung Deutschlands, ferner in Fragen der bei der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages zu beobachtenden Prozedur, über die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen, über die „Zwangsverschleppten“ und über die territoriale Reorganisation Deutschlands. Einmütig angenommen wurde der Beschuß

über die Auflösung des preußischen Staates. Die Vorbereitung des österreichischen Vertrages, dessen noch nicht koordinierte Artikel gegenwärtig in Wien von einer durch den Außenministerrat eingesetzten Kommission erörtert werden, hat Fortschritte gemacht.

Das deutsche Problem, vor dem die Welt schon seit fast einem Jahrhundert steht, kann nicht durch eine Handbewegung gelöst werden. Das ist eine Frage, die eine große, tief schürfende Arbeit und selbstverständlich auch Zeit erfordert. Diese Arbeit steht zu einem guten Teil noch bevor. Um so wichtiger ist es daher, daß die öffentliche Meinung aller Länder, auch Englands und der USA, über das Wesen der Unterschiede in den Standpunkten und Vorschlägen richtig informiert werde. Irgendwelche Winkelzüge und Einstellungen sind hier unzulässig. Sie werden außerdem absolut nichts fruchten. Zu welchen Winkelzügen man nämlich auch greifen möge, um den wahren Sinn der Meinungsverschiedenheiten auf der Moskauer Außenministerratstagung zu vertuschen, die öffentliche Meinung der demokratischen Länder wird sich sowieso nicht mit einer Lösung der deutschen Frage abfinden, die Deutschland als eine Brutstätte der Kriegsgefahr und der Aggression bestehen läßt. Sie verlangt die Erfüllung der in Jalta und Potsdam proklamierten Prinzipien: völlige und konsequente Demilitarisierung und Demokratisierung des gesellschaftlichen, ökonomischen und staatlichen Lebens Deutschlands.

Die Traditionen der englischen Diplomatie und das deutsche Problem

A. JERUSSALYMSKI

I

ES hat in der Nachkriegszeit noch keine einzige internationale Konferenz gegeben, die beim reaktionären Teil der englisch-amerikanischen Presse so viele düstere Prophezeiungen hervorgerufen hätte, wie die Moskauer Tagung des Außenministerrats, die das deutsche Problem erörterte. Zugleich aber hat keine einzige andere internationale Konferenz so vollständig und so klar aufgedeckt, von welchen verborgenen Plänen sich die offiziellen Kreise Großbritanniens und der USA in dieser Frage wirklich leiten lassen.

Schon vor der Eröffnung der Tagung nahmen die reaktionären Kreise Englands und der USA die historisch bedeutsamen Beschlüsse der Berliner Dreimächtekonferenz unter heftiges Feuer. Attackiert wurden die in diesen Beschlüssen niedergelegten Prinzipien für den Umbau des ökonomischen und politischen Lebens Deutschlands auf neuer, demokratischer Grundlage und die Prinzipien gerechter Befriedigung der Reparationsansprüche der von der deutschen Aggression verheerten Länder.

Zunächst ließ man, um die öffentliche Meinung vorbereitend zu bearbeiten, die Klienten Londons und Washingtons auf das diplomatische Forum. Die von der Südafrikanischen Union und Holland eingereichten Denkschriften enthielten z. B. die Forderung, unter dem Deckmantel einer „Dezentralisation der deutschen Wirtschaft“ und in Übereinstimmung mit den „traditionellen historischen Linien der Aufteilung“, Deutschland zu zerstücken. Aufgaben dagegen, wie die Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands, die Liquidierung der Macht der deutschen Monopole und der politischen Reaktion, werden in den Denkschriften nicht einmal erwähnt.

Hierauf kamen die reaktionären Presseorgane an die Reihe. Sie leiteten eine regelrechte Kampagne ein für die Zerstörung Deutschlands und die Verwandlung der westlichen Okkupationszonen in eine Herrschaftssphäre der ausländischen Monopole und in ein Reservat für die Aufrechterhaltung der ökonomischen Positionen und Kader der deutschen Reaktion.

Die reaktionären Kreise Englands und der USA verlangten ganz offen von den diplomatischen

Vertretern ihrer Länder, sie sollten mit der Methode des Diktats und der Drohungen der Sowjetunion ihren Willen aufzwingen. Am Tage der Eröffnung der Moskauer Ministerratstagung schrieb die „Washington Post“:

„Es herrscht ... der Eindruck vor, daß den Amerikanern nicht das Herz brechen wird, wenn sie Moskau verlassen, ohne wichtige Abkommen über Deutschland erzielt zu haben.“

In dem gleichen Sinn sprachen sich auch einflußreiche englische Zeitungen aus, obwohl sie dabei besonders betonten, England sei mehr als andere Länder an einer bestimmten Lösung des deutschen Problems interessiert. So schrieb „News Chronicle“ (gleichfalls am 10. März 1947):

„Von der kontrollierten Wiederherstellung Deutschlands hängt die Wiederherstellung Europas ab, und von der Wiederherstellung Europas hängt, wie niemals vorher in seiner Geschichte, die Prosperität Großbritanniens ab.“

Selbstverständlich verschweigt die Zeitung, daß die betreffenden englischen Kreise sich die Kontrolle über die „Wiederherstellung Deutschlands“ und die „Wiederherstellung Europas“ nur als eine einseitige Kontrolle Englands und der USA vorstellen. Was die Berufung auf die historischen Traditionen der englischen Politik hinsichtlich des deutschen Problems anbelangt, so verdeckt sie lediglich bestimmte politische Ziele. Aber sie verdeckt sie nicht nur, sie deckt sie zugleich auch auf.

II

In den letzten 130 Jahren — seit dem Augenblick, da die europäischen Völker das Joch Napoleons abwarf — hat England sich wiederholt an der Lösung des deutschen Problems beteiligt.

Die Historiker bemerken mit Recht, daß der Ausgangspunkt der sich herausbildenden Traditionen der englischen Diplomatie in Fragen der europäischen Politik, insbesondere hinsichtlich des deutschen Problems, der Wiener Kongreß von 1815 war. Damals gelang es England, allerdings nur mit großer Mühe und mit Hilfe schlauer Kombinationen, in Europa ein System zu schaffen, das den Interessen Englands völlig entsprach. Das Österreich Metternichs blieb auch weiter das Bollwerk der englischen Politiker, die so manches

Mal versuchten, auch Österreichs Rivalen Preußen in antirussische Kombinationen hineinzuziehen. Gleichzeitig wurde Preußen von London auch als Gegengewicht gegen Frankreich vorgeschoben.

Die Aufrechterhaltung der österreichisch-preußischen Rivalität bedeutete auch die Aufrechterhaltung der politischen Zersplitterung Deutschlands in zahlreiche Staaten, von denen einige, wie Heine sich ausdrückte, an den Fußsohlen davongetragen werden konnten. Die Revolution, die sich im nächsten Jahre zum hundertsten Male jährt, vermochte die von der Geschichte gestellte Aufgabe, Deutschland zu einigen, nicht zu lösen. Später wurde diese Aufgabe durch den preußischen Junker Bismarck auf reaktionärem Wege gelöst. Bismarck wußte die progressive Idee der Vereinigung Deutschlands in den Dienst des preußischen Militarismus und der Aggression zu stellen. Welches aber war in dieser Periode die Position der englischen Diplomatie?

Im Juni 1862 deckte Bismarck anläßlich einer Londoner Reise in einer Unterredung mit Disraeli seine politischen Pläne für die nächsten Jahre auf. Er erklärte, er werde in kurzer Zeit gezwungen sein, die Leitung der preußischen Politik zu übernehmen. Seine erste Aufgabe werde darin bestehen, die preußische Armee zu reorganisieren. Weiter werde er die erste beste Gelegenheit benutzen, um Österreich den Krieg zu erklären, mit dem Deutschen Bund Schluß zu machen, die Mittel- und Kleinstaaten seinem Einfluß unterzuordnen und ein einiges Deutschland unter der Hegemonie Preußens zu schaffen. Er sei nach London gekommen, um den Ministern Ihrer Majestät hier von Mitteilung zu machen.

Diese absichtlich offene Erklärung Bismarcks machte auf Disraeli augenscheinlich einen sehr starken Eindruck. Zu einem seiner Freunde soll der englische Staatsmann gesagt haben:

„Nehmen Sie sich vor ihm in acht. Er sagt, was er denkt!“

Aber die Minister der englischen Königin hatten keine Angst vor Bismarcks Plänen. Als Bismarck daranging, sie zu verwirklichen, da sah er, daß die englische Diplomatie ihn nicht nur nicht hinderte, sondern ihn sogar begönnerte. Er begann bekanntlich damit, daß er Dänemark die Herzogtümer Schleswig und Holstein abnahm. Palmerston erteilte dieser Besitzergreifung seinen Segen. Er schrieb:

„Es war unehrlich und ungerecht, Dänemark die Herzogtümer Schleswig und Holstein abzunehmen... Preußen kann, schwach wie es jetzt ist, in seinen Handlungen niemals ehrlich und unabhängig sein; und in Hinblick auf die Zukunft ist es wünschenswert, daß

Deutschland zusammengenommen stark genug wäre, um jene beiden ehrgeizigen und aggressiven Mächte, Frankreich und Rußland, kontrollieren zu können... Deutschland sollte stark sein, um der russischen Aggression widerstehen zu können, und ein starkes Preußen ist wesentlich für die Stärke Deutschlands.“

Zwei Jahre später warf Preußen auch Österreich nieder, auf das die englische Diplomatie sich lange Zeit orientiert und gestützt hatte. Von diesem Augenblick an setzte London nicht mehr so sehr auf das österreichische, als vielmehr auf das preußische Pferd. Bismarck schrieb, seit dem Krieg von 1866 hätten die Engländer als praktische Leute ihren Standpunkt geändert. Jetzt hätten sie nichts gegen eine nationale Vereinigung Deutschlands, im Gegenteil, diese sei ihnen nur angenehm.

In der Tat, alle Sympathien der englischen Diplomatie waren während des von Bismarck provozierten Kriegs gegen Frankreich auf Seiten Preußens. Die „Times“, die Marx, allerdings bei einer anderen Gelegenheit, den „Eunuchen der Londoner City“ genannt hat, schrieb am Tage des Kriegsausbruchs, Elsaß und Lothringen seien „alte deutsche Provinzen“. Die englischen Politiker begrüßten die Verwandlung des zersplitterten Deutschlands in ein Großpreußen: sie bemühten sich, aus dieser Tatsache alle möglichen ökonomischen und politischen Vorteile zu ziehen.

Lange Zeit unterhielt die englische Diplomatie, ob sie nun von einem konservativen oder von einem liberalen Kabinett geleitet wurde, die besten Beziehungen zum Deutschen Reich. In seiner wachsenden militärischen Macht sah es einen Faktor, der als Gegengewicht gegen Frankreich und im Kampf gegen Rußland ausgenutzt werden konnte. Indem England die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zwischen den größten europäischen Mächten ausnutzte und schürte, konnte es sich ruhig und erfolgreich seinen kolonialen Annexionen widmen. Hierin bestand im Grunde der Hauptsinn der englischen Politik der „glänzenden Isolierung“.

Wiederholt leiteten die englische und die deutsche Diplomatie sogar Bündnisverhandlungen miteinander ein. Solche Vorschläge machte schon Disraeli, aber erfolglos. Bismarck wollte nicht, wie er sagte, daß Deutschland von England zu einem „Hetz Hund“ gegen Rußland gemacht werde. Später war es Randolph Churchill, der Deutschland als Hetzhund gegen Rußland ausnutzen wollte. Der Vater des jetzigen Ex-Premiers Winston Churchill versuchte, seine deutschen Gesprächspartner mit den Worten zu kädern: „Zusammen könnten wir die Welt regieren.“ Aber die deutsche Diplomatie war damals nicht geprägt, den englischen Vorschlag anzunehmen.

In dem Maße, wie Deutschland als eine imperialistische Macht stärker wurde, begannen seine herrschenden Kreise von eigener Weltherrschaft zu träumen. Die ökonomische Expansion und die beginnende Kolonialpolitik Deutschlands führten die ersten Zusammenstöße mit England herbei. Später wurde die englisch-deutsche Rivalität stärker, und schon Ende des 19. Jahrhunderts wurde sie zum Hauptfaktor der europäischen Politik und der Weltpolitik. Damals erklang in der englischen Presse zum erstenmal der Aufruf, Deutschland zu vernichten („... Germaniam esse delendam“). Die „Saturday Review“, deren Aktien damals bereits von Cecil Rhodes und seiner imperialistischen Clique aufgekauft worden waren, schrieb 1897:

„Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder eine Erbhöhe gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von 5 Milliarden Krieg führen?“

Damals, in der Frühzeit der imperialistischen Rivalität zwischen England und Deutschland, verhallte dieser Aufruf zur Vernichtung Deutschlands fast ungehört. Noch mehr, dieselben Kreise, die ihn formuliert hatten, begannen bald ein Bündnis mit Deutschland zu suchen, das gegen Rußland und außerdem auch gegen Frankreich gerichtet sein sollte. Der Initiator und Inspirator dieser Versuche war Joseph Chamberlain, einer der energischsten und impulsivsten Vertreter der aggressiven englischen Politik. In einer Rede, gehalten in seiner Vaterstadt Birmingham, von wo jetzt die Pläne ausgehen, die bezwecken, sich des deutschen Industriepotentials zu bemächtigen, rief er offen zum Abschluß eines Bündnisses mit den USA und Deutschland gleichzeitig auf und erklärte, daß England in Zukunft mit Rußland abzurechnen haben werde. Großbritannien werde Rußland den Krieg erklären müssen, es könne Rußland aber keinen ernsthaften Schaden zufügen.

Damals wußte noch niemand, daß Chamberlain mit Unterstützung des Herzogs von Devonshire, des Königs der englischen Textilindustrie, in einer Vorstadtvilla des Londoner Bankiers Rothschild bereits geheime Bündnisverhandlungen mit dem deutschen Diplomaten Freiherrn von Eckardstein führte. Diese Verhandlungen wurden bald eingestellt, bald wieder aufgenommen. Die englische Presse begleitete sie durch Auslassungen über die Gemeinsamkeit des Schicksals der angelsächsischen Länder und Deutschlands. „Daily Chronicle“ schrieb, die Welt werde von mächtigen Vereinigungen regiert werden. Auf die eine Seite würden Rußland und Frankreich treten, auf die

andere Seite alle Völker germanischer Sprache. Noch vor Ablauf des 20. Jahrhunderts werde die zweite Völkergruppe ein gemeinsames Banner haben.

Dieses gemeinsame Banner war das von Chamberlain und seiner Clique proklamierte allgermanische Programm. Er pries den künftigen Krieg gegen Rußland als einen Krieg, worin das Sternenbanner Amerikas neben dem britischen „Union Jack“ wehen werde. Gleichzeitig strichen einige Vertreter der amerikanischen Diplomatie Deutschland als „zweites Mutterland“ der USA heraus.

Der geplante englisch-amerikanisch-deutsche Block kam nicht zustande. Zu scharf waren die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen den Mächten. Das von der deutschen Regierung rasch verwirklichte Flottenbauprogramm bedrohte die Interessen Englands. Von diesem Augenblick an suchte England aktiv nach Bundesgenossen gegen Deutschland. Dennoch gab es lange Jahre in der englischen Diplomatie zwei einander ergänzende Tendenzen gegenüber Deutschland. Obgleich London an der Herstellung eines Bündnisses gegen Deutschland arbeitete, versuchte es gleichzeitig noch wiederholt, sich mit Berlin zu verständigen.

Insbesondere David Lloyd George und Winston Churchill versuchten mehrfach über eine Beschränkung der deutschen Flottenrüstungen zu verhandeln. Gleichzeitig aber empfahl die englische Diplomatie der deutschen Regierung bezeichnenderweise, ihre bewaffneten Landkräfte zu verstärken. Der deutsche Militarismus wurde, wie sich dann während des ersten Weltkriegs zeigte, in den weitgehenden Plänen der englischen Diplomatie stets in Rechnung gestellt.

Bei der Bestimmung der Ziele dieses Krieges stellte sich die englische Diplomatie zu jener Zeit doch niemals die Aufgabe, Deutschland völlig zu vernichten. Im Oktober 1916 verfaßte Lord Balfour, ein Mitglied des Kriegskabinetts, eine Denkschrift, in der er schrieb:

„Ich teile nicht die Befürchtungen derjenigen, die da glauben, der Triumph der slawischen Länder werde wahrscheinlich die deutsche Vorherrschaft in Mitteleuropa bedrohen.“

Balfour bemerkte, daß viele Leute in England eine Schwächung des deutschen Imperialismus durch den Krieg befürchteten. Er aber erklärte, Deutschland werde aus dem Kriege dennoch genügend stark hervorgehen, um ein Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland bilden zu können. In einer anderen Denkschrift, die dem Kriegskabinett im März 1917 vorgelegt wurde, betonte Balfour erneut, England schicke sich keineswegs an, Deutschland, das als Gegengewicht gegen Rußland

und Frankreich erhalten bleiben müsse, zu vernichten. Nach dem Siege der Sowjetmacht in Rußland begann die im Interesse der Durchsetzung der englischen Herrschaft in Europa geplante Ausnutzung des deutschen Imperialismus nicht nur gegen die Sowjetrepublik, sondern auch als ein Gegengewicht gegen Frankreich die Richtung der englischen Diplomatie zu bestimmen.

Nach der Versailler Konferenz, während eines Besuchs Clemenceaus in London, wandte Lloyd George sich an diesen mit der Frage: „Nun, Sie haben mir etwas zu sagen?“ „Jawohl“, erwiderte der alte französische „Tiger“ wütend. „Am Tage nach dem Waffenstillstand habe ich an Ihnen einen Feind Frankreichs gefunden.“ „Na ja“, stimmte Lloyd George zynisch bei, „ist denn das nicht unsere traditionelle Politik?“ In seinem Buche „Größe und Elend eines Sieges“ schrieb Clemenceau zu diesem Gespräch:

„Großbritannien ist immer noch eine durch die Welten geschützte Insel, und das ist es, weshalb es sich verpflichtet glaubt, die Ursachen der Zwietracht unter den Kontinentalvölkern zu mehren, um sich für seine eigenen Eroberungen den Frieden zu sichern.“

Die deutschen Imperialisten begriffen schon damals, daß die englische Diplomatie bereit war, sie zu unterstützen.

Schon am 11. November 1918, am Tage der Kapitulation Deutschlands, erschien Winston Churchill in Downing Street bei dem Premierminister Lloyd George, um eine gemeinsame Linie hinsichtlich des deutschen Problems festzulegen. Den ganzen Abend sprachen diese beiden Männer, in einem großen Saale sitzend, dessen Wände mit den Porträts von Pitt, Fox, Nelson und Wellington geschmückt waren, über „die großen Qualitäten des deutschen Volkes“ und über „die Unmöglichkeit, Europa ohne seine Hilfe wiederherzustellen“. Aber das Hauptthema war, wie Churchill später zugab, die Frage, wie „dem geschlagenen Feinde zu helfen“ sei.

Churchill förderte durch seine auf die Unterstützung des deutschen Militarismus gerichtete Politik und durch die aktive Organisierung der Antisowjetintervention nach Beendigung des ersten Weltkrieges das Erwachen und die Konsolidierung der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte in Europa, die 20 Jahre später, während des zweiten Weltkriegs, England fast vernichtet hätten. Jetzt, wo der deutsche Imperialismus abermals zerschlagen ist, ist es Churchill wiederum darum zu tun, wie „dem geschlagenen Feind zu helfen“ sei.

Selbstverständlich versucht Churchill die Sache zu verschleieren. In seiner Zürcher Rede vom September 1946 und ebenso in seinen späteren Reden versicherte der Führer der englischen

Diehards, er mache sich um nichts so viele Sorgen wie darum, den Deutschen einen neuen Krieg unmöglich zu machen. Wer den wahren Werb dieser Versicherungen bestimmen will, der tut gut, sich der Worte zu erinnern, die einmal der türkische Großwesir Ali Pascha über einen englischen Diplomaten gesagt hat:

„Gewöhnlich kommt, wenn einer lügt, durch Umkehrung die Wahrheit heraus. Bei diesem Herrn aber kommt, auch wenn Sie seine Worte umdrehen, dennoch nur Lüge heraus..“

Natürlich will Churchill nicht, daß „ein wieder vereinigtes Deutschland eine herrschende Rolle in der Welt“ spiele. Er will, daß diese Rolle in den Händen der englischen und der amerikanischen Imperialisten bleibe. Churchill wünscht wirklich nicht, daß das imperialistische Deutschland zum drittenmal einen Krieg gegen England beginne, um Revanche zu nehmen und seine eigenen Eroberungspläne zu verwirklichen. Als Brandstifter eines neuen Krieges tritt er bekanntlich selbst in die Schranken. Jetzt ist er überhaupt dagegen, daß in Europa ein einheitlicher deutscher Staat existiere. Er schlägt vor, Deutschland zu zerstücken, die vor seiner Einigung vorhanden gewesenen „alten Staaten und Fürstentümer“ wiederherzustellen oder neue künstlich zu fabrizieren, sie hierauf in einem „Föderalsystem“ zu vereinigen und zum Eintritt in den „Westblock“ zu veranlassen, der hochtrabenderweise als „Vereinigte Staaten von Europa“ bezeichnet wird. Was England und die USA angeht, so sollen sie, Churchills Plan gemäß, „Schutzherrn des neuen Europa“ sein.

Schon in seiner Zürcher Rede gab Churchill zu verstehen, daß er vor allem darauf rechne, in seine „Vereinigten Staaten von Europa“ auch die längst von der politischen Karte Europas verschwundenen „deutschen Staaten und Fürstentümer“, die er wiedererstehen lassen möchte, einzubeziehen. Diese Gespenster einer fernen Vergangenheit, diese Überreste mittelalterlicher Feudalzustände, die Mitte des 20. Jahrhunderts künstlich wieder zum Leben erweckt werden sollen, sind dazu bestimmt, die Avantgarde der Reaktion im Kampf gegen die mächtige demokratische Bewegung zu bilden, von der jetzt in verschiedenem Grade und in verschiedenen Formen alle europäischen Völker ergriffen sind. Klar ist auch, daß die soziale und politische Stütze dieser Föderation „alter deutscher Staaten und Fürstentümer“ nur die reaktionärsten Kräfte des deutschen Junkertums und der Monopolialarchie sein können, die die deutsche Aggression veranlaßt und zwei Weltkriege entfesselt haben.

Man weiß, daß die britischen Besetzungsbehörden die früheren Hitlerfaschisten und reaktionäre

Elemente überhaupt begönnen. Man weiß auch, daß England durch den Abschluß des sogenannten Zweizonenabkommens mit den USA schon vor der Moskauer Tagung der Außenminister eine Anzahl von ökonomischen und politischen Maßnahmen durchgeführt hat, die die Vernichtung der Einheit Deutschlands bezeichnen. Die englischen Vorkämpfer der Zerstückelung Deutschlands streben danach, Westdeutschland in einzelne „föderalisierte“ Staaten zu verwandeln und sich, gestützt auf die immer noch mächtige Ruhrindustrie, eine Basis für ihren vorherrschenden Einfluß in Europa zu verschaffen. Das Zweizonenabkommen steht in direktem und offenem Widerspruch zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz. Trotzdem hat die englische Delegation im Außenministerrat es abgelehnt, dieses Abkommen rückgängig zu machen, wodurch sie ihr Bestreben demonstrierte, den auf die Zertrümmerung Deutschlands gerichteten Kurs fortzusetzen.

Auf der Moskauer Tagung des Außenministerats versuchte die englische Diplomatie noch, diese ihre Pläne durch Phrasen von der „ökonomischen Einheit Deutschlands“ zu vernebeln. Allein nach der Moskauer Tagung hat die englische Presse die diplomatische Phraseologie beiseite geworfen und verhehlt nun nicht mehr ihre Überzeugung, England müsse, seinem amerikanischen Partner folgend, die Verwirklichung der früher ausgearbeiteten englisch-amerikanischen Pläne vollenden. In einem Kommentar zu den Ergebnissen der Moskauer Tagung befand der „Economist“ vom 2. Mai 1947, die Hauptaufgabe bestünde darin, die Deutschen auf die Seite der Westmächte zu ziehen. Könne das nicht durch die Schaffung eines vereinigten Deutschlands geschehen, schrieb der „Economist“, so müsse das durch Assoziation der westdeutschen Provinzen mit ihren Nachbarn im Norden, Westen und Süden geschehen.

Freilich stößt die auf die Zertrümmerung Deutschlands gerichtete englische Politik auf ernste Schwierigkeiten. Insbesondere steht England unter dem starken Druck der USA, die in Verfolgung ihrer eigenen Expansionsziele danach streben, auch hier den Einfluß des englischen Juniorpartners zu verdrängen oder doch zu beschränken. Die Presse macht bereits Mitteilung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den englischen und den amerikanischen Behörden in einer Reihe von Fragen, die mit der Schaffung von Wirtschaftsorganen in der vereinigten Zone zusammenhängen, ferner in Fragen der administrativen und politischen Umgestaltung der in den Westzonen liegenden deutschen Länder. Hierbei wird klar, daß das Übergewicht ausgesproche-

nerweise bei den USA liegt, und manche englische Presseorgane sind schon bereit, dies offen zuzugeben. So schlug der „Observer“ am 27. April offen vor, sowohl bei der Lösung des deutschen Problems die Führerschaft an die USA abzutreten, als auch insbesondere den amerikanischen Kapitalien zu gestatten, sich nach dem Ruhrgebiet zu ergießen.

III

Indem die englische Diplomatie die geplante Zertrümmerung Deutschlands aktiv unterstützt, behauptet sie, diese Pläne verfolgten das Ziel, Deutschland zu schwächen und eine neue Aggression abzuwenden. In Wirklichkeit würde die Realisierung dieser Pläne unvermeidlich das entgegengesetzte Resultat zeitigen.

Die Geschichte lehrt, daß die Zersplitterung Deutschlands das Wachstum der nationalistischen und chauvinistischen Stimmungen, die von den deutschen Imperialisten in ihrem Interesse, im Interesse der politischen und ideologischen Vorbereitung der Aggression, ausgenutzt werden, nur stimulieren kann. Eine Aufteilung Deutschlands würde nicht die Vernichtung der Reaktion, sondern eine Schwächung der demokratischen, progressiven Kräfte Deutschlands, die jetzt zum Leben erwachen, bedeuten.

Die Tragödie des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert bestand darin, daß es nicht verstand, die Führung bei der Vereinigung des Landes in seine eigenen Hände zu nehmen. Aber aus der Tatsache, daß die Wiedervereinigung Deutschlands von den Junkern durchgeführt worden ist, folgt nicht, daß die Einheit des deutschen Volkes an sich eine Gefahr für Europa darstellt. Die Geschichte lehrt, daß die Junker, die Militaristen und die Imperialisten Deutschlands diese Gefahr repräsentieren. Man muß diese Kräfte beseitigen, man muß die Demokratisierung des Landes, seine Demilitarisierung, die Ausrottung aller Überreste des Faschismus und die Vernichtung der sozialen und ökonomischen Wurzeln des Militarismus restlos verwirklichen — dann wird die Gefahr einer neuen deutschen Aggression beseitigt sein.

Die unter der Flagge der „Föderalisierung“ betriebene, auf die Zerstückelung und Zersplitterung Deutschlands gerichtete Politik steht in unversöhnlichem Widerspruch auch zu diesen Zielen. Die Versuche der englischen Diplomatie, diese Pläne zu verwirklichen, bedeuten die Rückkehr zu ihren Traditionen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damals war sie bestrebt, durch Aufrechterhaltung der deutschen Zersplitterung ihren Einfluß auf dem europäischen Kontinent zu

festigen. In den damaligen Zeiten unterstützte die englische Diplomatie, die sich mit den demokratischen Zuständen in ihrem eigenen Land brüstete, in den zahlreichen deutschen Staaten die reaktionärsten Kräfte. Ihr Abgott war damals Metternich, das anerkannte Haupt der europäischen Reaktion.

In der Folgezeit ließ die englische Diplomatie, wie wir gesehen haben, der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage keine Förderung angedeihen. Im Gegenteil, vor die faktische Unvermeidlichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands gestellt, unterstützte sie nicht die progressiven, demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, sondern die Kräfte des preußischen Militarismus, die, zu Hegemonen Deutschlands geworden, das Land zum aggressivsten Staat des europäischen Festlands machten. Sogar im jetzigen Jahrhundert, zu einer Zeit, da die deutsche Aggression eine riesige Gefahr für ganz Europa, ja die gesamte Welt wurde, suchte die englische Diplomatie, sich in ihrer europäischen Politik auf diese Macht zu stützen und sie insbesondere gegen Rußland auszunutzen. Später, besonders in der Periode von Locarno und in der Periode von München, war sie bestrebt, die deutsche Expansion gegen die Sowjetunion zu lenken.

England hat im Laufe seiner Geschichte viermal die preußisch-deutsche Aggression in Europa gefördert (zweimal im 7. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, dann 1914 und 1938) und wurde zweimal (1914 und 1939) selber das Opfer dieser Aggression. Trotz alledem aber sind bestimmte englische Kreise geneigt, die deutsche Reaktion auch in Zukunft zu unterstützen, ohne darüber nachzudenken, daß dies die Schaffung eines Herdes der Kriegsgefahr in Europa begünstigen würde. Wenn man jetzt die „Föderalisierung“ Deutschlands plant, so bedeutet das nicht nur eine

Rückkehr zu den Traditionen des frühen 19. Jahrhunderts. Es bedeutet nämlich die Wiedergeburt der schlimmsten und, wie die Erfahrungen der Geschichte gezeigt haben, gefährlichsten Traditionen der englischen Diplomatie, die bereits zweimal dazu beigetragen haben, daß die Welt in den Strudel verheerender Kriege gestürzt wurde. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist, daß die englischen Föderalisierungspläne in Deutschland nur von den reaktionärsten Kräften unterstützt werden.

Um die neuen politischen Ziele durch die alten Traditionen der englischen Diplomatie tarnen zu können, führen die englischen Historiker und Publizisten gern die Äußerung Palmerstons an, Großbritannien habe weder ewige Feinde noch ewige Verbündete — ewig seien nur seine Interessen, und Pflicht der Engländer sei es, diese zu verteidigen.

Wie jedoch die Erfahrungen der Geschichte lehren, hat die englische Diplomatie, die sich an ihre alten Traditionen hält, so oft neue, progressive soziale und politische Bewegungen auf dem europäischen Kontinent verkannt, sie hat, durch ihre Feindschaft gegen diese Bewegungen verblendet, so oft, wie sogar viele englische Staatsmänner zugeben, große Fehler begangen, daß es gefährlich wäre, wenn diese alten Fehler noch um neue vermehrt würden. Man kann die Geschichte nicht zurückdrehen. Nur ein Umbau des ökonomischen, politischen und sozialen Lebens Deutschlands auf neuer, demokratischer Grundlage entspricht den Interessen des Friedens und der Sicherheit aller freiheitliebenden Völker.

Das ist der von der Berliner Dreimächtekonferenz angegebene Weg. Diesen Weg verteidigt die Sowjetunion. Versuche aber, diesen direkten Weg früher gefaßter Beschlüsse zu verlassen, werden zu nichts Gute führen.

Zur politischen Lage in Frankreich

B. MICHAILOW

DIE POLITISCHE LAGE in Frankreich lenkt immer mehr das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf sich.

Am 4. Mai d. J. wurden auf ungewöhnliche Weise — durch ein Dekret des Präsidenten der Republik, das auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Ramadier erlassen wurde — die Minister, die in der Regierungskoalition die Kommunistische Partei Frankreichs vertraten, aus der Regierung ausgeschlossen.

Die Regierung Ramadier ist die erste nicht-provisorische Regierung der vierten Republik. Sie wurde im Januar d. J. nach der Formierung der höchsten Regierungsorgane gebildet. Ihre Zusammensetzung spiegelte das politische Kräfteverhältnis wider, das sich in beiden Kammern — in der Nationalversammlung und im Rate der Republik — nach den Wahlen vom 10. und 24. November v. J. herausgebildet hatte.

Bekanntlich erhielt die Kommunistische Partei Frankreichs etwa 6 Millionen Stimmen und 186 von den 619 Sitzen in der Nationalversammlung. An zweiter Stelle kam die katholische Volksrepublikanische Bewegung (*Mouvement républicain populaire* = MRP) mit 172 Mandaten. Die Sozialistische Partei, die in den letzten beiden Jahren ständig an Einfluß und Wählern verloren hat, erlitt auch bei diesen Wahlen Verluste, sie erhielt nur 101 Mandate. Die sogenannte Republikanische Vereinigung der Linken (*Rassemblement républicain des gauches*), deren Basis die Radikalen bilden, bekam nur 69 Mandate. Diese Wahlresultate spiegelten die in Frankreich vor sich gehende Polarisation der Kräfte wider, das Anwachsen der sozialen Gegensätze, die Zuspitzung des Kampfes zwischen den Kräften der Demokratie und denen der Reaktion.

Der Sozialist Ramadier, der von dem damals gerade gewählten Präsidenten der vierten Republik mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, bildete das Kabinett, von dessen 26 Ministerportefeuilles 9 den Sozialisten, 5 den Kommunisten und 5 den Katholiken (MRP) zufielen. Außerdem gehörten der Regierung 3 Radikal-sozialisten, 2 Mitglieder des Demokratischen und sozialistischen Widerstandsverbandes und 2 sogenannte Unabhängige an, die zum rechten Flügel der Nationalversammlung zählten. Bald

zeigte es sich, daß in den wichtigsten politischen Fragen die sozialistischen, katholischen und sonstigen Minister im Kabinett gewöhnlich gegen die Kommunisten stimmten.

Es ist zu berücksichtigen, daß die Regierungskoalition der drei bedeutendsten Parlamentsparteien unter Beteiligung der Radikalen nach hartnäckigem Widerstand der MRP zustande kam. Diese Partei hatte für den 10. November die Wahllosung ausgegeben: „Bidault ohne Thorez“, d. h. Bildung einer Regierung unter Führung der Katholiken ohne Kommunisten. Als aber die Kommunistische Partei kraft des Volkswillens zur ersten Partei im Lande und im Parlament wurde und im Falle einer Zusammenarbeit der Sozialisten und Kommunisten die genau entgegengesetzte Formel, nämlich „Thorez ohne Bidault“, in den Bereich der Möglichkeit rücken konnte, änderte die Leitung der MRP ihre Taktik. Trotz dem Widerstande eines einflußreichen Teils der Parteileitung unter Führung des Parteivorsitzenden Maurice Schumann, der gerade von einer längeren USA-Reise zurückgekehrt war und besonders eifrig für die Fernhaltung der KP aus der künftigen Regierungskoalition eintrat, ging die MRP doch auf die Bildung einer Regierung unter Beteiligung der Kommunisten ein.

Auch unter den Sozialisten gab es ziemlich viele Gegner der Regierungszusammenarbeit mit den Kommunisten, unter ihnen der ehemalige Innenminister Le Troquer, der heutige Volkswirtschaftsminister André Philip u. a.

Kaum hatte Ramadier sein Kabinett gebildet, da prophezeiten die Gegner der demokratischen Koalition bereits, daß diese Regierung nicht von Bestand sein werde, sie werde, sobald die Situation, hauptsächlich die außenpolitische, es bedinge, entweder fallen, oder aber anders zusammengestellt werden. Man setzte diesen Fall sogar auf die Zeit nach der Moskauer Außenministerberatung an.

Schon während der Moskauer Beratung wurde versucht, den Zerfall der Regierung zu provozieren. Hierfür benutzte man namentlich die Frage der Kriegskredite für die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Indochina. Die ganze Rechtspresse erwartete, die Kommunisten würden, da sie nicht für diese Kredite

stimmen könnten, aus dem Kabinett austreten. Die kommunistische Fraktion der Nationalversammlung stimmte auch tatsächlich nicht für die Kredite, sie enthielt sich der Stimme, die kommunistischen Minister aber blieben in der Regierung.

Da erhob Mitte April die amerikanische — nicht etwa die französische — Presse ein Gezeter über angebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Leitung der Kommunistischen Partei Frankreichs in bezug auf die Beteiligung an der Regierung. Diese ausgesprochen zweckbestimmte Kampagne sollte wohl die Sozialisten und Katholiken zu Veränderungen in der Regierungszusammensetzung antreiben.

Gleichzeitig spitzte sich die Wirtschaftslage im Lande zu. Neue Lebensmittelschwierigkeiten und der Brotmangel in Paris zwangen die Regierung, die tägl.che Brotration ab 1. Mai von 300 auf 250 Gramm herabzusetzen. Die Lohnsteigerung blieb, obwohl sie im Juli v. J. auf insgesamt 25 Prozent angesetzt worden war, bei weitem hinter der Preissteigerung zurück. Die Regierung Ramadier betrieb eine Politik der sogenannten Lohnblockierung, d. h. sie verbot Lohnerhöhungen, suchte aber gleichzeitig eine gewisse Preissenkung herbeizuführen. Eine fünfsprozentige Preissenkung wurde ab 2. Januar von der Regierung Léon Blum dekretiert, eine weitere fünfprozentige Preissenkung kürzlich von der Regierung Ramadier bekanntgegeben. Diese beiden Versuche brachten jedoch verschwindende Resultate: die Preise sanken in Wirklichkeit nur um 3 Prozent.

Unter solchen Umständen forderten die Arbeiter energisch eine Lohnerhöhung. In einzelnen Betrieben kam es zu Streiks. Vor dem 1. Mai begann in Paris ein Streik der 32 000 Arbeiter der verstaatlichten Renault-Automobilwerke. Dieser Streik wurde vom Metallarbeiterverband der Pariser Region unterstützt, die Kommunistische Partei und ihre Vertreter in der Regierung unterstützten ebenfalls die Forderungen der Arbeiter. Übrigens war nicht von einer allgemeinen Lohnerhöhung die Rede, sondern von Prämien für überbotene Arbeitsnormen in einigen Industriezweigen, d. h. von einer Maßnahme, die den Lohn etwas erhöhen, gleichzeitig aber die Produktivität und die Produktionssteigerung stimulieren mußte.

Die Regierung Ramadier ging nicht darauf ein, und stellte in der Kammer anlässlich ihrer Lohnpolitik die Vertrauensfrage. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 4. Mai stimmten die 186 kommunistischen Abgeordneten gegen die Regierung, die dennoch die Mehrheit erhielt (360 Stimmen) und darauf vom Präsidenten den Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung forderte.

Die Parteileitung der Sozialistischen Partei unterstützte diesen Vorschlag. Nach persönlichem Eingreifen Léon Blums wurde er auch von der sozialistischen Parlamentsfraktion gebilligt. So wurden durch Dekret des sozialistischen Präsidenten der Republik, Vincent Auriol, die kommunistischen Minister ihrer Posten enthoben.

Wir wollen hier nicht untersuchen, inwieweit die zwangswise Entfernung von Ministern einer Koalitionspartei aus dem Kabinett verfassungsmäßig zulässig ist und ob ein Dekret des Präsidenten die Rolle eines vereinfachten „Ausschlußverfahrens“ gegen Regierungsparteien spielen kann, möchten vielmehr nur feststellen, daß es hierfür in der Geschichte der französischen Parlamente keinen Präzedenzfall gibt.

Nachdem die Veränderung in der Zusammensetzung der Regierung eine vollen-de Tatsache geworden war, trat der Nationalrat der Sozialistischen Partei zusammen. Einige Spitzenfunktionäre fürchteten, die Entfernung der kommunistischen Minister, die sich verfassungsmäßig kaum rechtfertigen ließ, könnte auf alle ehrlichen Demokraten einen schlechten Eindruck machen, außerdem würde dadurch ein Präzedenzfall geschaffen, der nächstens von einem andern Präsidenten auf die Sozialisten selbst angewandt werden könnte. Diese Sozialisten meinten, man müsse dem für eine Abänderung der Regierungszusammensetzung üblichen parlamentarischen Verfahren folgen, nämlich Ramadier solle dem Präsidenten den Rücktritt des gesamten Kabinetts meiden, worauf der Präsident ihn, Ramadier, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen werde. Nach langwierigen Debatten sprach sich jedoch die Mehrheit des Nationalrats (2629 gegen 2125 Mandate) dafür aus, das Kabinett Ramadier in seiner neuen Zusammensetzung an der Macht zu belassen, d. h. sie sanktionierte das vereinfachte „Dekretverfahren“, durch das die Minister der stärksten Parlamentspartei aus dem Kabinett entfernt worden waren.

Aber schon das Abstimmungsergebnis läßt erkennen, daß die Leitung der Sozialistischen Partei, die in dieser Frage das Übergewicht hatte, mit ihrer Linie nicht die Meinung eines bedeutenden Teils ihrer Mitgliedschaft ausdrückt, der begreift, daß die sogenannte Reorganisierung der Regierung Ramadier eine Attacke der Reaktion gegen die demokratischen Kräfte des Landes darstellt. In den unteren Organisationen der Sozialistischen Partei kann diese Attacke keine Unterstützung finden. Die sozialistische Organisation im Departement Seine sprach sich unmittelbar vor der Nationalratssitzung vom 6. Mai mit überwiegender Stimmenmehrheit für den Rücktritt der Regierung Ramadier aus.

Ehrliche Sozialisten können sich nicht damit einverstanden erklären, daß ihre Parteileitung sich weigert, die ökonomischen Forderungen der Arbeiter und der Allgemeinen Konföderation der Arbeit zu unterstützen, und daß sie im Zusammenhang damit auf die Sprengung der demokratischen Koalition eingegangen ist.

Die Zeitung „Franc-Tireur“ schrieb z. B.:

„Zahlreiche Aktivisten betrachten sie (die Sprengung) als einen Fehler, der schwer auf dem sozialistischen Gewissen lasten wird.“

Hatte der Nationalrat der Sozialistischen Partei doch erst fünf Monate vorher beschlossen, sich an keiner Regierung zu beteiligen, in der nicht auch die Kommunisten vertreten wären.

Faktisch schwächt die „Reorganisierung“ der Regierung die Position der Sozialistischen Partei im Kabinett. Konnten früher die Sozialisten und Kommunisten, die die Regierungsmehrheit besaßen (14 gegen 12 Mandate), gemeinsam die antidemokratischen Elemente im Zaum halten, so werden die Sozialisten jetzt gezwungen sein, sich von den MRP-Ministern und ihren Kollegen am Gängelband führen zu lassen. Sie werden mit der Arbeiterklasse und ihren Massenorganisationen unvermeidlich in neue Konflikte geraten, vor allem mit der Allgemeinen Konföderation der Arbeit, die der Offensive der Truste gegen die Lebensinteressen der Werktäglichen die Stirn bietet.

Der unmittelbare Grund zu dem Regierungskonflikt berührt sehr nahe die Lebensinteressen der breitesten werktätigen Massen. So veröffentlichte „La Marseillaise“ am 12. Mai d. J. einen Brief, in dem der Schreiber mitteilt, er sei kein Kommunist, müsse aber anerkennen, daß nur Maurice Thorez und seine Freunde ihre Versprechen gehalten haben; Maurice Thorez habe als erster zur Arbeit aufgerufen, seine Partei führe eine Kampagne für Produktionssteigerung, Jacques Duclos fordere energisch allgemeine Sparmaßnahmen, insbesondere in bezug auf Kriegskredite.

Weiter weist der Briefschreiber darauf hin, daß die Preissenkungspolitik Schiffbruch erlitten und nur zur Steigerung der Unternehmerprofite geführt habe, und konstatiert, die Kommunisten hätten, eben weil sie dem Geist der Widerstandsbewegung treu ergeben sind, gegen die Politik der Regierung gestimmt, die diesem Geist wesentlich widersprach.

„Franc-Tireur“ schreibt:

„Die Haltung der Kommunisten bringt im Parlament lediglich die tiefe Unzufriedenheit der werktätigen Klassen und eines großen Teils der Mittelklassen mit der pomphaft als ‚ökonomisch‘ bezeichneten Politik zum Ausdruck, deren Resultate in der Faillitebilanz figurieren.“

Wie die Pariser Presse meldet, suchten am 5. Mai (am Tage nach der Abstimmung der Nationalversammlung über das Vertrauensvotum für die Regierung Ramadier) 17 Delegationen von Pariser Großbetrieben die Nationalversammlung auf, um der kommunistischen Fraktion ihren Dank auszusprechen.

Wenn die Presseorgane derjenigen Parteien, die den Zerfall der Regierungskoalition anstreben, jetzt den Anschein erwecken wollen, als sei es ihnen gelungen, die Kommunistische Partei zu isolieren, so sind derartige Versuche auf Sand gebaut. Die Kommunistische Partei vertritt die progressiven Kräfte der Nation, die für die wahren Interessen des französischen Volkes, für die demokratische Umgestaltung des ökonomischen und politischen Lebens in Frankreich eintreten.

Die Kommunistische Partei vertritt in ökonomischen Fragen auch die Interessen der mittleren Bevölkerungsschichten, die unter der Übermacht der Truste zu leiden haben. Verficht die Regierung Ramadier die Aufrechterhaltung des sogenannten „Dirigismus“ — bürokratische Zentralisierung der Leitung der Volkswirtschaft im Interesse der Monopolprofite und des Schleichhandels —, so fordern die Kommunistische Partei und ihre Vertreter in der Nationalversammlung, die Leitung der Volkswirtschaft solle derart organisiert werden, daß den Bedürfnissen der Werktäglichen, darunter auch denen der Mittelschichten und insbesondere der Bauernschaft, Rechnung getragen wird. Bei der Erörterung der Versorgungsfrage in der Nationalversammlung forderten die kommunistischen Abgeordneten gerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte (die heutigen Preise sind nur großen Wirtschaften und den Monopolen von Nutzen), sie sprachen sich gegen die Requisitionen und für die vornehmliche Belieferung der Bauern mit Industriewaren aus. Eine solche Politik, die den Staatsinteressen entspricht und den Bedürfnissen der Werktäglichen sowohl der Städte als auch des flachen Landes Rechnung trägt, liegt im Interesse der Bauernschaft.

Die demokratischen und patriotischen Kreise Frankreichs verstehen natürlich auch, daß die Entfernung der Kommunisten aus der Regierung außenpolitisch nicht dazu beitragen wird, Frankreichs Prestige, seinen Einfluß zu steigern. Die Kommunistische Partei ist es, die die Unabhängigkeit der französischen Politik, die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit des demokratischen Frankreichs, seine nationalen Interessen verteidigt. Sie ist es, die gegen die Bestrebungen der Reaktionäre ankämpft und ankämpft, Frankreich den imperialistischen Zielen der amerikanischen und englischen Politik unterzuordnen.

Mit Ihrem Angriff verfolgte die Reaktion ein viel weiter gestecktes Ziel als die Veränderungen im Kabinett. Es geht um die Demokratie in Frankreich, um Frankreichs künftigen außenpolitischen Kurs, um den Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft.

Die Lohnfrage ist für die Wiederherstellung des Landes von erstrangiger Bedeutung, da ohne Sicherstellung des Lebensstandards der wichtigsten Produktivkraft — der Arbeiterklasse — unmöglich eine Hebung der Produktion und eine Leistungssteigerung herbeigeführt werden kann. Frankreich sieht sich dem großen Problem der Wiederherstellung und Neuausrüstung seiner Industrie gegenüber, man fragt sich aber auch, mit welchen Methoden der Wiederaufbau zu bewerkstelligen ist.

Eine Methode wäre die Mobilisierung der Arbeiterklasse und die zwangsweise Mobilisierung der durch die Banken und Truste „konservierten“ finanziellen und sonstigen materiellen Mittel, um eine weitere Produktionssteigerung herbeizuführen, die Finanzen zu sanieren und den Frank vor der Entwertung zu bewahren. Es ist dies die Methode des Kampfes gegen die Lebensmittelkrise, gegen die Auswüchse des Schleichhandels, eine Methode, die den Werktägern den nötigen Lebensstandard gewährleistet.

Eine andere Methode wäre die Wiederherstellung nicht der Volkswirtschaft, sondern der Kommandöhöhen und der fetten Profite der kapitalistischen Oberschicht. Es wäre dies eine Offensive gegen die Werktägigen und ein Ausschluß der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften aus der aktiven Wiederaufbauarbeit. Es bedeutete dies Aufhebung der Verstaatlichung, Eindringen des Auslandskapitals in Frankreichs Finanzwesen und Wirtschaft, Ruin der Bauernschaft und der städtischen Kleinbürger, verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse, Senkung ihres Lebensniveaus, Einschränkung ihrer sozialen und politischen Rechte.

Die Sprengung der Regierungskoalition darf zweifellos nicht losgelöst von einigen anderen politischen Begebenheiten, in erster Linie von dem Erscheinen de Gaulles in der politischen Arena, betrachtet werden.

Der von ihm offen, demonstrativ und mit bestontem Pathos proklamierte Feldzug gegen Republik und Verfassung, gegen Demokratie, für Aufrichtung einer mit bonapartistischen „Volksabstimmungen“ getarnten persönlichen Diktatur ist eine unverhüllte Aufforderung an alle reaktionären Kräfte des Landes, sich zu mobilisieren. De Gaulle hat bereits die Bildung einer neuen

Partei, der „Vereinigung des französischen Volkes“ (Rassemblement du Peuple Français), in Angriff genommen, die gut finanziert wird — offenbar nicht nur von französischer Seite.

De Gaulle wird von allen Feinden der Demokratie, allen, die für Frankreichs Umwandlung in einen Satelliten des englisch-amerikanischen Blocks sind, unterstützt. Er sucht diejenigen reaktionären Elemente des Kleinbürgertums in Stadt und Land zu gewinnen, die bisher der katholischen MRP Gefolgschaft leisteten. Aus diesen Elementen will er eine auch nur einigermaßen als Massenbasis anzusprechende Grundlage für die streitbare Reaktion Frankreichs schaffen.

Die Führung der Sozialistischen Partei gibt sich den Anschein, als bemerke sie das Komplott de Gaulles gegen die Republik nicht. Sie ist kurzichtig genug, ihren Mitgliedern den Beitritt zu den „Komitees der republikanischen Wachsamkeit“ (Comités de vigilance républicaine) zu verbieten, die bei der Mobilisierung der demokratischen Kräfte gegen die Offensive der faschistindelnden Reaktion als Stützpunkte dienen.

Diejenigen Führer der Sozialistischen Partei, die sich an der Spaltung der demokratischen Kräfte beteiligen, bahnen der de-Gaulle-Diktatur den Weg. Wie man sieht, haben sie „nichts gelernt und nichts vergessen“ von den historischen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie.

Die Offensive der Reaktion in Frankreich hat auch eine außenpolitische Seite. Eine Reihe von Auslandsbeobachtern bringt diesen Angriff zu Recht mit dem vom USA-Präsidenten Truman in seiner Rede vom 12. März d. J. verkündeten außenpolitischen Kurs der USA in Verbindung. Zahlreiche Meldungen der englischen und amerikanischen Presse deuten darauf hin, daß sich hinter der Attacke der französischen Reaktion Manöver imperialistischer USA-Kreise verbergen. So schreibt D. Raymond in „Reynold's News“ offen davon, daß die USA in der politischen Krise Frankreichs eine Rolle spielen. Er schreibt, diese Krise sei eine Folge

„... der Wahl, die Trumans Politik jetzt jedem west-europäischen Land aufzwingt, eine Wahl zwischen dem Ausschluß an die antikommunistische Front ... und dem Verzicht auf amerikanische Hilfe. Die USA planen, einen westeuropäischen Block gegen Rußland anzuregen, dessen erste Voraussetzung der Ausschluß und die Isolierung der Kommunisten sein muß.“

Das Blatt berichtet, de Gaulle erhalte von den USA erhebliche Unterstützung, und auch der Vatikan helfe ihm.

Der Pariser Korrespondent der Associated Press meldet aus Paris, ein „prominenter Ver-

treter offizieller USA-Kreise“ habe erklärt, die USA bereiteten eine eventuelle verstärkte Finanzhilfe an Frankreich vor, vorausgesetzt, Ministerpräsident Ramadier sei imstande, die Koalitionsregierung ohne Kommunisten aufrechtzuerhalten.

Weiter weist der Korrespondent unter Berufung auf dieselbe Persönlichkeit darauf hin, daß die Bereitschaft der USA, das „neue antikommunistische Bollwerk im Westen“ zu unterstützen, hauptsächlich davon abhängen werde, ob die französischen Sozialisten bereit seien, sich zu einem Werkzeug der neuen „Trumandoktrin“ im Sinne der Zügelung der Kommunisten machen zu lassen.

Den Meldungen dieses Korrespondenten folge hat J. Caffery, USA Botschafter in Paris, „den Führern der nichtkommunistischen Parteien die Stellungnahme der USA bekanntgegeben“. Schließlich hat ein Mitglied des französischen Kabinetts, das in der Presse nicht genannt zu werden wünscht, erklärt, die Frage, ob die Regierung Ramadier sich ohne Beteiligung der

Kommunisten an der Macht halten könne, hänge von den USA ab...

Diese erstaunliche Offenheit eines französischen Ministers kann nur eins bedeuten: diejenigen, die die Regierungskoalition gesprengt haben, hoffen im Kampf gegen die französische Demokratie auf Hilfe aus dem Ausland.

Dies ist ein Kurs politischer Abenteuer. Frankreich kann nicht ohne die Arbeiterklasse und erst recht nicht wider die Arbeiterklasse aufgebaut werden. Man kann nicht auf Geheiß von außen die Kräfte eines demokratischen Volkes spalten. Es ist jedoch schwerlich anzunehmen, daß heute, wo die Volksmassen zu immer klarerem Bewußtsein gelangen und die Aktivität der demokratischen Kräfte zunimmt, es den Reaktionären wirklich gelingen könnte, das Land auf einen Weg zu drängen, der nur zu innerpolitischen Erschütterungen, zur ökonomischen Unterordnung Frankreichs und zur Untergrabung seines internationalen Prestiges und seines Einflusses führen kann.

Zur Frage der versetzten Personen

L. LABIN

DIE FRAGE der versetzten Personen ist wiederholt in der UNO Generalversammlung und im Außenministerrat behandelt worden. Auch die Presse aller Länder kehrt immer wieder zu ihr zurück. Was für eine Bewandtnis hat es mit diesem Problem, das in der Öffentlichkeit so starke Beachtung findet?

Bekanntlich versteht man unter versetzten Personen Angehörige verschiedener Nationalitäten, die von den Hitlerfaschisten nach Deutschland oder in die von ihnen okkupierten Länder verschleppt worden sind.

Seit Kriegsende sind bereits zwei Jahre vergangen, die Zahl der versetzten Personen aber ist noch immer recht beträchtlich. Allein in den Westzonen Deutschlands halten sich gegenwärtig 827 000 auf; laut Angaben Ferdinand Grafs, des österreichischen Staatssekretärs für Sicherheit, gab es in Österreich am 1. März d. J. 534 326 versetzte Personen.

Auf der Moskauer Außenministerberatung wurde dieses Problem eingehend erörtert.

Die Sowjetdelegation begründete ihre Ansicht,

dass diese Frage schnellstens geregelt werden müsse. Man dürfe Menschen, die aus ihrer Heimat entführt und ihrer nutzbringenden Arbeit entrissen wurden, nicht länger in fremden Ländern belassen, wo sie kümmerlich dahinvegetieren.

Insbesondere bestand die Sowjetdelegation darauf, daß den Hunderttausenden von Sowjetbürgern, die sich in Deutschland und Österreich als versetzte Personen aufhalten, die unverzügliche und ungehinderte Heimreise gestattet wird. Die Sowjetbehörden in der ostdeutschen Besatzungszone haben ihrerseits alles getan, um den Bürgern der alliierten Länder die unverzügliche Heimkehr zu ermöglichen. Gegenwärtig befinden sich weder in der Sowjetunion noch in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands versetzte Personen, die Staatsbürger verbündeter Länder wären.

Die Besatzungsbehörden der westdeutschen Zonen und Österreichs haben für die Bürger der Sowjetunion, Polens, Jugoslawiens und einiger anderer Länder, von denen sich Hunderttausende bis auf den heutigen Tag als versetzte Personen dort

befinden, nicht die gleiche Sorge an den Tag gelegt. Diese führen in den von faschistisch gesinn-ten Kommandanten geführten Lagern ein elendes, rechloses Dasein. Faschistische Elemente versuchen durch ungehinderte Propaganda, die ver-setzten Personen von der Heimkehr abzuhalten. Fälle von Bedrohung, Einschüchterung und selbst Ermordung ver-setzter Personen, die die Heimkehr anstreben, sind bekannt. Wie mitgeteilt wird, drohen die Lagerleitungen mancherorts denjenigen mit dem Tode, die das Lager verlassen wollen, um in die Sowjetunion zurückzukehren.

Eine derartige Behandlung der ver-setzten Personen stößt bei den britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden auf keinerlei Hindernisse.

Diese Besatzungsbehörden sind auch selbst daran schuld, wenn ver-setzte Personen in Deutschland festgehalten werden. So bestätigte am 13. Oktober v. J. General McNarney, ehemaliger Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland, daß in den Lagern Sowjetbürgern „Staatenlosenpässe“ ausgehändigt wurden. Das geschah ganz offensichtlich zu dem Zweck, ihre wirkliche Staatsbürgerschaft zu verheimlichen.

In vielen Lagern hausen faschistische Banden, die die ver-setzten Personen terrorisieren.

Zu derartigen Lagern wird Vertretern der Länder, deren Bürger dort festgehalten werden, kein Zutritt gewährt.

Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn manche ver-setzte Personen es nicht wagen, ihren Wunsch nach Heimkehr zu äußern, da sie fürchten, ermordet zu werden, bevor sie das Lager verlassen können.

Zwecks Lösung des Problems der ver-setzten Personen brachte die Sowjetdelegation im Außenministerrat den Vorschlag ein, den Kontrollrat in Deutschland mit folgenden Maßnahmen zu beauftragen:

1. Den für die Repatriierung zuständigen offiziellen Vertretern der verbündeten Mächte soll freier Zutritt zu den Lagern für ver-setzte Personen, die Prüfung der Listen und Papiere über solche Personen, die freie Aussprache mit ihnen usw. gewährleistet werden.

2. Sofortiges Verbot jeglicher den Interessen der Verbündeten oder irgendeiner verbündeten Macht feindlichen Propaganda und Agitation in den Lagern für ver-setzte Personen; jede Beeinflussung der ver-setzten Personen in dem Sinn, nicht in die Heimat zurückzukehren, soll verboten werden.

3. Sofortige Auflösung aller in den westdeutschen Besatzungszonen bestehenden „Komitees“, „Zentralen“ und anderer Organisationen, deren

Tätigkeit den Interessen irgendeiner der verbündeten Mächte zuwiderläuft.

4. Verbot der Anwerbung ver-setzter Personen für halbmilitärische Organisationen.

5. Dafür zu sorgen, daß die Verwaltung der Lager für ver-setzte Personen in erster Linie aus Vertretern derjenigen Staaten gebildet wird, zu deren Staatsbürgern die ver-setzten Personen zählen.

6. Übergabe der in den Lagern für ver-setzte Personen befindlichen Kriegsverbrecher an das militärische Oberkommando der betreffenden Länder.

7. Bildung eines speziellen Viermächteausschusses zur Inspektion der Lager für ver-setzte Personen in den westdeutschen Besatzungszonen, um zu klären, wer dort den Wunsch und die Absicht hat, in die Heimat zurückzukehren.

Die Annahme dieser Vorschläge hätte nicht nur die Frage der ver-setzten Personen in Deutschland gelöst, sondern unzweifelhaft auch zur demokratischen Gestaltung Deutschlands beigetragen, da die Lager für ver-setzte Personen nicht nur eine materielle Bürde, sondern auch die Quelle verschiedener Abenteuer und antide-mokratischer Machenschaften bilden.

Die Vorschläge der Sowjetdelegation wurden von den Vertretern der angelsächsischen Mächte jedoch nicht gebührend unterstützt.

Die britische Delegation ging im ersten Stadium der Tagung offenkundig einer Annahme realer Vorschläge aus dem Wege und war sichtlich bemüht, alles beim alten zu lassen.

Was die amerikanische Delegation betrifft, so äußerte G. Marshall die Absicht, diese Frage dem Kompetenzbereich des Außenministerrats überhaupt ganz zu entziehen.

Die Erörterung der Frage im Koordinationsausschuß hat die verschiedenen Gesichtspunkte einander nicht wesentlich nähergebracht, im Gegen teil, die englische und die amerikanische Delegation zeigten sich für einige Sowjetvorschläge unzugänglich. Vor allem spererten sie sich gegen den Vorschlag, einen Viermächteausschuß zur Inspektion der Lager für ver-setzte Personen zu schaffen, die Lagerverwaltungen entsprechend umzugestalten, offiziellen Vertretern der verbündeten Mächte freien Zutritt zu den Lagern zu gestatten und alle Komitees und anderen Organisationen aufzulösen, die eine den Interessen irgendeiner verbündeten Macht zuwiderlaufende Tätigkeit entfalten.

A. J. Wyschinski schlug vor, der Ministerrat solle den Alliierten Kontrollrat beauftragen, mit Wirkung ab 1. Januar d. J. nicht mehr zu gestatten, daß die Unkosten für den Unterhalt der ver-setzten Personen und Flüchtlinge zu Deutschlands

Lasten gehen oder auf Konto der Ausgaben für den Unterhalt der Besatzungstruppen verbucht werden, da seit der Kapitulation Deutschlands jede der Besatzungsmächte die Möglichkeit hatte, die Repatriierung der versetzten Personen und Flüchtlinge restlos zu bewerkstelligen.

Durch eine solche Anweisung würde dem Unterhalt der versetzten Personen in den westdeutschen Besatzungszonen die finanzielle Basis entzogen, und die Besatzungsbehörden dieser Zonen wären zweifellos gezwungen, sich mit der radikalen Lösung des Problems der versetzten Personen zu beeilen. Dieser Vorschlag wurde ohne Erörterung abgelehnt.

Im zweiten Stadium der Außenministerberatung wurde in der Erörterung der Frage der versetzten Personen ein gewisser Fortschritt erreicht.

In einem speziellen Ausschuß wurde eine Einigung darüber erzielt, daß die früher vom Alliierten Kontrollrat in Deutschland beschlossenen Empfehlungen vom Außenministerrat zu bestätigen sind. Außerdem wurden einige neue Prinzipien hinsichtlich der versetzten Personen vereinbart.

Die weitere Erörterung der Frage in der Beratung der Sonderbeauftragten der Außenminister erbrachte einen wichtigen Beschuß: diese vereinbarten Empfehlungen und Prinzipien sollen dem Kontrollrat in Deutschland und den Oberkommandierenden der Besatzungstruppen als Direktiven zugeleitet werden, die sie innerhalb ihres Kompetenzbereichs zu befolgen haben.

Die Außenminister bestätigten den Bericht ihrer Sonderbeauftragten, wodurch das Problem der versetzten Personen wenn auch nicht vollständig, so doch zum großen Teil gelöst ist.

Nicht angenommen sind bisher die Vorschläge der Sowjetdelegation über die Schaffung eines Viermächteausschusses, über die Sperrung der Finanzen für den Unterhalt der versetzten Personen, über die Zusammensetzung der Lagerverwaltungen usw.

Bei der Erörterung der Frage der versetzten Personen in Österreich bestand die Sowjetdelegation ebenfalls darauf, daß sie durchgreifend und unverzüglich erledigt werde. Der von A. J. Wyschinski zu dieser Frage eingebrachte Vorschlag der Sowjetdelegation bestand aus zwei Teilen: im ersten werden elementare Maßnahmen angegeben, die vom Außenministerrat bereits im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage der in Deutschland befindlichen versetzten Personen gebilligt wurden. Im zweiten Teil werden Verhandlungen und Abkommen zwischen Österreich und jedem der interessierten Staaten vorgeschlagen.

Die britische Delegation brachte, unterstützt von der amerikanischen und der französischen, den Vorschlag ein, Österreich zu empfehlen, die in der Resolution der UNO-Generalversammlung vom Februar 1946 festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Resolution wird aber dem Wirtschafts- und Sozialrat nur empfohlen, die Frage der versetzten Personen zu untersuchen, ohne daß jedoch das Problem in ihr irgendwie gelöst wird. Die Sowjetdelegation hat sich auf der Generalversammlung dieser Resolution eben deshalb nicht angeschlossen, weil sie sie für unzureichend ansah. Dies hat sich in der Praxis bestätigt. Seit Annahme der Resolution in der Generalversammlung war über ein Jahr vergangen, ohne daß das Problem der versetzten Personen seiner Lösung um einen Schritt nähergekommen wäre.

Der Vorschlag der britischen Delegation war dazu angetan, die Sache nur noch mehr in die Länge zu ziehen.

Das Gesamtproblem der versetzten Personen in den westdeutschen Besatzungszonen und in Österreich ist auf der Moskauer Außenministerberatung nur teilweise gelöst worden.

Auf der Tagung wurden unter anderm auch zwei wichtige Beschlüsse gefaßt. Erstens wurde beschlossen, daß alle in den Lagern für versetzte Personen festgestellten Kriegsverbrecher dem militärischen Oberkommando der interessierten Länder übergeben werden sollen, nachdem sie in entsprechender Form angefordert und ausreichende Beweise dafür erbracht wurden, daß sie tatsächlich Kriegsverbrecher sind. Zweitens wurde beschlossen, alle Komitees, Zentralen und ähnlichen Organisationen aufzulösen, von denen festgestellt werden kann, daß sie eine den Interessen irgendeiner verbündeten Macht zuwiderlaufende Tätigkeit entfalten.

Diese Beschlüsse sind durchaus zeitgemäß, da in den westdeutschen Besatzungszonen als versetzte Personen auftretende Mitglieder faschistischer und halbfaschistischer Organisationen ihr Unwesen treiben. Es gibt eine Reihe von Komitees, Zentralen u. a., für die diese Tarnung äußerst vorteilhaft ist. In Augsburg (amerikanische Zone) besteht z. B. eine ukrainische Zentrale unter Führung der Abenteurer Schmuljak und Smintuch, in Regensburg ein bjelorussisches Komitee. In Detmold (britische Zone) funktioniert ein zentrales baltisches Komitee. Um diese Komitees haben sich Antisowjetelemente gruppiert.

Anderseits werben die Besatzungsbehörden in den westdeutschen Zonen versetzte Personen für verschiedene militärische und halbmilitärische Organisationen an. Es ist festgestellt worden, daß Kriegsgefangene aus der sogenannten Königlich

Jugoslawischen Armee in Trupps für verschiedene Arten von Wachdienst aufgenommen wurden. Versetzte Personen polnischer Nationalität werden für verschiedene in der amerikanischen und britischen Zone bestehende Militärorganisationen angeworben, wogegen die polnische Regierung offiziell Protest eingelegt hat.

Unter den versetzten Personen verbergen sich nicht wenige Verräte, die gemeinsam mit den deutschen Armeen gegen die Verbündeten gekämpft haben. Dieses faschistische Gesindel will natürlich nicht, daß die Lager für versetzte Personen aufgelöst werden, und terrorisiert alle, die heimzukehren wünschen.

Die deutsche Zeitung „Der Morgen“ schrieb am 15. März d. J.:

„...so mancher aber entzieht sich überhaupt der Registrierung und lebt illegal in Deutschland. Gerade in der Nähe der Großstädte merken wir fast täglich etwas von ihrem Wirken: Da sind die vielen, die vom Ausland her Anschluß an den Nationalsozialismus in Deutschland fanden, die nicht mehr nach Hause kommen können und in das Dunkel der Anonymität untertauchen wollen, da sind die Deserteure, Abenteurer, Arbeitsscheuen und ausgesprochenen Verbrechernaturen, ... sie schrecken vielfach auch vor Verbrechen nicht zurück und bilden ganze Banden, um plündernd in die Dörfer und Vororte der Großstädte einzubrechen.“

In Österreich ist die Lage ungeläufig die gleiche wie in Deutschland. Unter den versetzten Personen befinden sich zahlreiche Militärs, von denen sehr viele in militärischen Einheiten zusammengefaßt sind. Eine Viermächtekommision hat das Vorhandensein solcher Truppeneinheiten festgestellt. So sind die 53 000 deutschen und sonstigen kriegsgefangenen Soldaten und Offiziere in der britischen Besatzungszone in dem Korps des deutschen Generalleutnants Noedelchen, des österreichischen Generals Aldrian und des russischen Weißgardisten Rogoshin zusammengefaßt. Diese Leute werden von Vertretern des englischen Oberkommandos, Oberst Brooks und Major Stark, angeleitet.

An der Spitze der Einheiten stehen deutsche und österreichische Offiziere sowie russische Weißgardisten, meist dieselben, die diese Einheiten während der Kriegshandlungen der Hitlerfaschisten gegen die verbündeten Truppen befehligt hatten.

Die Behörden der französischen Zone haben zwei Kompanien aus Polen und Jugoslawen gebildet, die französische Waffen und Uniform tragen.

In den Westzonen funktioniert eine Reihe aus versetzten Personen bestehender politischer Organisationen, deren Tätigkeit gegen einige verbündete Mächte, namentlich gegen die Sowjetunion, gerichtet ist.

In der amerikanischen und französischen Zone besteht eine weitverzweigte Organisation ukraini-

scher Nationalisten, die sich Ukrainisches Komitee nennt und ihre Zentrale in Salzburg hat. Das Komitee gibt Druckschriften heraus und erfreut sich der Gönnerchaft der amerikanischen Behörden. Demselben Komitee gehört auch die profaschistische Gesellschaft der St.-Andreas-Brüder an.

In Tirol gibt es einen Jugoslawischen Versorgungsverband, der aus Ustaši und Cetniki besteht und von dem Kriegsverbrecher und Cetnik Rešetić angeführt wird.

Der Jugoslawische Versorgungsverband fungiert im Namen König Peters und ist mit anderen Gruppen verbunden, die ebenfalls in einer Organisation zusammengeschlossen sind. Zentrum der Organisation ist München, von hier aus werden alle möglichen Propagandaschriften verbreitet.

In Salzburg haben, wie die „Österreichische Volksstimme“ meldet, jugoslawische Faschisten ein Nationalkomitee der Anhänger König Peters gebildet, dessen Generalsekretär der serbische Gestapoagent Jeremić ist.

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Betätigung der faschistischen Abenteurer in Österreich und in den westdeutschen Besatzungszonen unerwünscht ist. Schon im Juli v. J. wies die Sowjetdelegation auf der Außenministerberatung darauf hin, daß in den Westzonen Österreichs 437 000 Ausländer, sogenannte versetzte Personen, konzentriert sind, die auf Seiten Hitlerdeutschlands gegen die Verbündeten gekämpft haben, jugoslawische Cetniki und Ustaši, ungarische Szálasyanhänger, faschistische Anderssoldaten, russische und ukrainische Weißgardisten, Verräte aus der Wlassowbande. Durch diesen Umstand werde nicht nur die innere Sicherheit des demokratischen Österreichs ernstlich bedroht, er bilde auch eine Gefahr für die demokratischen Nachbarstaaten. Die Sowjetdelegation sei daher der Ansicht, der Außenministerrat müsse eine sofortige Evakuierung der Ausländer aus Österreich als notwendig erachten.

Auf der Moskauer Außenministerberatung wies die Sowjetdelegation wiederum auf die Notwendigkeit hin, allen diesen unnormalen Erscheinungen ein Ende zu bereiten. A. J. Wyschinski erklärte auf der Sitzung vom 17. April d. J.:

„Die Sowjetdelegation ist der Ansicht, es dürfe in Österreich nicht länger geduldet werden, daß in der englischen Besatzungszone ein sogenanntes Korps des Obersten Rogoshin und andere militärische und halbmilitärische Einheiten aus deutschen Söldlingen und Verrätern bestehen. Die Anwesenheit solcher Leute in Österreich bringt dessen gutnachbarliche Beziehungen zu anderen Ländern in Gefahr.“

Eine endgültige Regelung der Frage der versetzten Personen würde vielen faschistischen Organisationen den Garaus machen, da sie keine

Möglichkeit hätten, ihre verbrecherische Tätigkeit unter legalem Deckmantel zu betreiben. Bis her haben sich aber die Abenteurer, Verräter und faschistischen Elemente, die unter der Maske von versetzten Personen ihr Unwesen treiben, der Gönnerschaft der britischen und amerikanischen Behörden erfreut.

Meldungen aus Österreich und Deutschland lassen erkennen, daß Großbritannien und die USA ihre Politik, die sie vor der Moskauer Außenministerberatung in der Frage der versetzten Personen betrieben, auch jetzt nicht aufgegeben haben. Namentlich zeigen sie nicht den guten Willen, die Frage der versetzten Personen jugoslawischer Herkunft zu regeln.

Am 10. Mai d. J. stellte der Presseattaché der diplomatischen Vertretung Jugoslawiens in Österreich fest, daß sich dort 30 000 versetzte Personen jugoslawischer Herkunft aufhielten und daß unter ihnen eine zügellose Propaganda gegen die jugoslawische Republik betrieben wird. Unter ihnen befinden sich nicht wenige Kriegsverbrecher, deren Auslieferung die jugoslawischen Behörden nicht durchzusetzen vermögen. „Man gewinnt den Eindruck, die Alliierten wünschen nicht, daß die Verbrecher die verdiente Strafe erhalten“, erklärte der jugoslawische Presseattaché.

Statt die Beschlüsse der Moskauer Tagung zu erfüllen, stellen die englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden mit den versetzten Personen alle möglichen Kombinationen an, um die Öffentlichkeit irrezuführen. So tut man das

Problem der versetzten Personen in Italien damit ab, daß man diese nach Deutschland transportiert. Aus Österreich und Deutschland werden versetzte Personen unter den verschiedensten Vorwänden (Entsendung auf Arbeit u. a. m.) in andere Länder geschickt.

Am 10. Mai erklärte der Chef der jugoslawischen Militärmmission in Berlin, daß die 12 000 aus Italien in Deutschland angekommenen versetzten Personen eine Gefahr für das deutsche Volk und seine demokratische Entwicklung darstellen, da sich unter ihnen zahlreiche jugoslawische Kriegsverbrecher befinden.

Zweifellos wird die Entsendung solcher Elemente aus Deutschland und Österreich in andere Länder nur zur Bildung neuer Herde für Unruhen und Abenteuer führen.

Eine derart unnormale Lage steht in schreien- dem Widerspruch zu den Zielen, für die Millionen Soldaten der verbündeten Armeen gekämpft und ihr Leben gelassen haben.

Im Interesse der Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit ist dringend geboten, daß nicht nur die gefaßten Beschlüsse eingehalten werden, sondern daß man das Problem der versetzten Personen auch restlos löst. Allen ehrlichen Menschen muß zur schleunigsten Heimreise verholfen werden. Die Verräter und Verbrecher aber, die sich hinter der Maske versetzter Personen verborgen, sind in ihre Länder zurückzuschicken, damit sie vor den Schranken des Gerichts ihrem Volk Rede und Antwort stehen.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE REGIERUNGSKRISE IN ITALIEN

Am 13. Mai erklärte der italienische Ministerpräsident de Gasperi eigenmächtig, ohne Zustimmung der übrigen Minister, beim provisorischen Staatsoberhaupt de Nicola den Rücktritt des Kabinetts, womit er eine schon lange gehegte Absicht in die Tat umsetzte.

Schon im Januar d. J., nach seiner USA-Reise, versuchte er die Regierungskoalition zu sprengen. Damals brachte de Gasperi aus Amerika gewisse Versprechungen sowie den Auftrag mit, eine Regierung zu bilden, die das Vertrauen der Wall Street genösse. Er machte sich die Spaltung in der Sozialistischen Partei zunutze, um eine Regierungskrise vom Zaun zu brechen. Auf der Rückreise beeilte er sich sogar, übereifrig zu erklären, er werde auch ohne die linken Parteien „auskommen“. Aber de Gasperi und seine amerikanischen Schutzherrn hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Jetzt wiederholt er den Versuch, der ihm damals mißlungen ist.

Schon am 28. April erklärte der italienische Ministerpräsident in einer Rundfunkrede über Italiens Finanzlage, es sei zur „Rettung des Landes“ notwendig, „Vertreter aller Interessen und aller Wirtschaftskonzeptionen“ zur Beteiligung an der Regierung heranzuziehen. Hiernach begann die reaktionäre Presse, einschließlich der Organe der Qualunquisten, wie aus einem Munde eine „stabile Regierung“ zu verlangen, die das Vertrauen der transatlantischen „Retter“ Italiens haben würde.

Am 30. April beschloß der Ministerrat, die Probleme der finanziellen und ökonomischen Lage des Landes der Konstituierenden Versammlung zu unterbreiten. Dieser Beschuß verhieß der Führung der Christlich-Demokratischen Partei nichts Gutes, denn eine weitgehende Erörterung der „wunden Punkte“ hätte dieser Partei, der die wichtigsten Wirtschaftsministerien anvertraut sind, keine Lorbeeren gebracht.

Am 12. Mai, also zwei Wochen nachdem de Gasperi das Signal zur Entfesselung der Krise gegeben hatte, indem er unzweideutig zu verstehen gab, nach welcher Seite er das Steuer der Verwaltung herumwerfen möchte, gaben die Parlamentsfraktion und die Führung der Sozialistischen Partei in dieser Frage ein besonderes Communiqué aus, worin es hieß, de Gasperi habe faktisch bereits eine politische Krise entfesselt,

„darauf gerichtet, die politische Achse der Regierung nach rechts zu versetzen und sie in einem Augenblick, wo die Wirtschaftslage des Landes energische Maßnahmen gegen die Spekulation erfordert, noch hilfloser zu machen.“

De Gasperi nutzte die Gelegenheit aus, um eine außerordentliche Regierungssitzung einzuberufen und zu erklären, nach dem Communiqué der Sozialistischen Partei, worin seine Handlungen als ein Manöver qualifiziert würden, könne er nicht vor die Konstituierende Versammlung hintreten. Gleich darauf folgte der Rücktritt der Regierung.

Auf diese Weise hat de Gasperi die Erörterung der finanziellen und ökonomischen Probleme durch die Konstituierende Versammlung hintertrieben und den Versuch gemacht, die Verantwortung hierfür der Sozialistischen Partei aufzubürden.

Die Ursachen der Regierungskrise hängen mit der Wirtschaftspolitik der Christlich-Demokratischen Partei zusammen.

Diese Partei hat das von der Regierung zwecks Sanierung der Finanz- und Wirtschaftslage des Landes entworfene Programm sabotiert, was zu einer hemmungslosen Preistreiberei, zur Entwertung der Lira und zu einer katastrophalen Vergrößerung des Haushaltsfehlbetrags geführt hat. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß die Finanzen des Landes nicht in einen so chaotischen Zustand geraten wären, wenn die Beschlüsse der Regierung über die Konfiskation der rechtswidrig eingehäimsten Profite und über die Einführung einer außerordentlichen Vermögenssteuer durchgeführt worden wären, anstatt alle aus dem Wiederaufbau erwachsenen Lasten den Werktätigen aufzubürden.

Die schwere Wirtschaftslage Italiens wird von gewissen amerikanischen Kreisen ausgenutzt, um einen ganz ungenierten Druck auf Italien auszuüben. Man bietet dem Land amerikanische Hilfe an, falls eine gehorsame Regierung „ohne die Linke“ gebildet wird. Ein kennzeichnendes Beispiel ist eine am 14. Mai in der römischen Presse veröffentlichte Meldung der Associated Press, in der es heißt, dem Staatsdepartement nahestehende Kreise seien der folgenden Meinung:

„Wenn in die italienische Regierung mehr Linke eintreten als früher, so wird sie bei der Erlangung amerikanischer Hilfe auf Schwierigkeiten stoßen... Die

gleichen Kreise bemerken, daß die Vereinigten Staaten eine Kombination der Gemäßigten und der Mittelparteien vorziehen würden."

Last not least sind unter den Ursachen für die Regierungskrise auch Wahlspekulationen der Partei der christlichen Demokraten zu nennen. Bekanntlich hat diese Partei nach den Juniwahlen von 1946 zwei ernste Niederlagen erlitten — bei den Gemeindewahlen im November 1946, wo sie von der ersten auf die dritte Stelle gedrängt wurde, und ganz kürzlich bei den Wahlen in Sizilien. Jetzt, wo die neuen Wahlen bevorstehen, wird offenbar der Versuch gemacht, das Ansehen der Partei, deren Regierungstätigkeit eine so ungünstige Bilanz ergibt, zu retten.

Das sind die Hintergründe der Regierungskrise in Italien.

DIE PALÄSTINAFRAGE VOR DER UNO

Die Erörterung der Palästinafrage vor der UNO hat ihre erste Etappe hinter sich. Die am 15. Mai geschlossene Sondertagung der Generalversammlung hat einen Ausschuß eingesetzt, der bevollmächtigt ist, die Lösung der Frage nach der Zukunft Palästinas bis zur ordentlichen Tagung der Generalversammlung Ende d. J. vorzubereiten.

Infolge der Bemühungen der Vertreter Englands und der USA ist der bei der Festlegung der Ziele des Ausschusses eingebrachte Sowjetantrag, es diesem Ausschuß zur Pflicht zu machen, die sofortige Gewährung der Unabhängigkeit an Palästina vorzubereiten, durchgefallen. Man braucht jedoch nicht daran zu zweifeln, daß diese vom Leben selbst diktierte Frage unweigerlich wieder vor der UNO auftauchen wird, sobald sie zur endgültigen Regelung des Palästinaproblems übergeht. Selbst die vorläufige Erörterung der Palästinafrage hat gezeigt, daß sich das System der Mandatsverwaltung für dieses Land in den 25 Jahren seines Bestehens nicht bewährt hat; die feierlichen Deklarationen, die abgegeben wurden, als Palästina zu einem englischen Mandat gemacht wurde, sind nicht in die Tat umgesetzt worden. Sowohl die arabischen als auch die jüdischen Einwohner Palästinas verlangen die Aufhebung des Mandats und die Proklamierung der Unabhängigkeit des Landes.

Unzweifelhaft hat sich auf die Verhandlungen der Sondertagung die Tendenz der Vertreter Englands und der USA ausgewirkt, die Lösung der Palästinafrage in die Länge zu ziehen, einer sachlichen Erörterung auszuweichen, und die Angelegenheit durch zahlreiche Instanzen zu führen, um sie nach Möglichkeit zu verwirren.

Viele Delegierte erklären nachdrücklich, es sei schon jetzt, auf der Sondertagung der Generalversammlung, notwendig, die Frage des Palästinstatus der Sache nach zu behandeln. Der Sowjetdelegierte A. A. Gromyko hat folgendes richtig dargetan: „Das Volk Palästinas ist an der Frage der Zukunft Palästinas interessiert, und nicht an der Prozedurfrage, ob ein Ausschuß für die Durchführung von Nachforschungen geschaffen werden soll.“ Trotzdem wurde die Tagesordnung der Session mit Hilfe der Stimmen der Klienten der angelsächsischen Länder auf Prozedurfragen beschränkt.

Unter dem Druck des Vertreters der USA wandte die Generalversammlung zwei Tage auf für die Diskutierung der Frage, ob es den Vertretern der sogenannten Jüdischen Agentur für Palästina gestattet werden soll, ihre Auffassungen darzulegen. Schließlich wurde weder den Juden noch den Arabern Palästinas die Möglichkeit gegeben, ihre Ansichten auf den Plenarsitzungen der Versammlung vorzutragen.

Die Vertreter der USA verteidigten den englischen Standpunkt. Hierüber braucht man sich nicht zu wundern, da bekannt ist, daß die regierenden Kreise dieser Länder wiederholt den Versuch gemacht haben, sich in aller Stille, unter Umgehung der UNO und ihrer Prinzipien, über die Palästinafrage zu verständigen.

Der Vertreter der Sowjetunion trat als entschiedener Anhänger einer gerechten, im Interesse der Völker Palästinas und des internationalen Friedens unverzüglich zu bewerkstelligenden Lösung der Palästinafrage auf. Unter den spezifischen Verhältnissen dieses von zwei Völkern — Arabern und Juden — besiedelten Landes, worin beide Völker ihre historischen Wurzeln geschlagen haben, können die legitimen Interessen dieser Völker nur gebührend verteidigt werden, wenn ein unabhängiger demokratischer arabisch-jüdischer Staat geschaffen wird. Den Gedanken, einen solchen Staat zu schaffen, entwickelte A. A. Gromyko in seiner Rede. Er soll auf gleichen Rechten für die jüdische und die arabische Bevölkerung beruhen. Ein solcher Staat könnte die Zusammenarbeit dieser beiden Völker in ihrem gemeinsamen Interesse und zu ihrem gemeinsamen Nutzen gewährleisten. Nur falls sich herausstellen sollte, so erklärte A. A. Gromyko, daß es unmöglich ist, die Beziehungen zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung Palästinas zu bereinigen, sollte zu der zweiten Variante gegriffen werden, nämlich das Land in zwei selbständige, unabhängige Staaten — einen jüdischen und einen arabischen — zu teilen.

Zweifellos begreifen die aufrichtigen Vorkämpfer einer gerechten und vernünftigen Lösung des

aktuellen Palästinaproblems die positive Bedeutung der Erklärung des Sowjetdelegierten. Sie hat in den progressiven arabischen und jüdischen Kreisen sowohl in Palästina als auch im Ausland lebhaften Widerhall gefunden. Wenn demgegenüber derjenige Teil der nahöstlichen Presse, der sich von amerikanischen Brosamen nährt, schon jetzt böswillige Falschmeldungen veröffentlicht, um Mißtrauen gegen die Palästinavorschläge der Sowjetunion zu säen, so geschieht das zu dem Zweck, den Eindruck zu verwischen, den die unversöhnliche Stellungnahme Englands und der USA in der Palästinafrage hervorgerufen hat.

DIE ZERSCHLAGUNG DER DEMOKRATISCHEN GEWERKSCHAFTEN IN BRASILIEN

Am 7. Mai veröffentlichte der brasilianische Präsident, General Enrico Dutra, ein Dekret, durch das der Konföderation der Werktätigen Brasiliens und allen ihr angehörenden Gewerkschaften jede Tätigkeit verboten wurde. Dieser neue antidemokratische Akt der brasilianischen Regierung hat eine beachtenswerte Vorgeschichte.

Im September v. J. fand in Rio de Janeiro ein Landeskongreß der brasilianischen Gewerkschaften statt. Seine Aufgabe war es, die Gewerkschaftsbewegung zu einigen und ihr eine einheitliche leitende Zentrale zu geben. Die brasilianische Reaktion versuchte schon damals, die Schaffung eines Gewerkschaftsbundes nicht zuzulassen, da das unzweifelhaft eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten mußte. Die Schriftsteller dieser Pläne waren Orval Cunha, der Geistliche Tavora und einige andere Vertreter des rechten Flügels der Gewerkschaften. Ihre gegen die Vereinigung der Gewerkschaften gerichteten Schritte und die entsprechenden Vorschläge wurden jedoch vom Kongreß abgelehnt. Hierauf ersuchten diese Agenten der Reaktion den Arbeitsminister, den Kongreß aufzulösen. Der Arbeitsminister willfahrt bereitwillig diesem Ersuchen und dekretierte unter Verletzung der Verfassung die Auflösung des Kongresses. Nichtsdestoweniger setzte der Kongreß seine Verhandlungen fort und faßte einen Beschuß über die Schaffung der Konföderation der Werktätigen Brasiliens. Diese Konföderation begann zu arbeiten und gab bald ihre Absicht bekannt, sich der fortschrittlichen Vereinigung der lateinamerikanischen Gewerkschaften — der Konföderation der Werktätigen Lateinamerikas — anzuschließen.

Nachdem die brasilianischen Behörden auf diese Weise mit ihrem Versuch, das Zustandekommen der Vereinigung zu verhindern, Schiff-

bruch erlitten hatten, ergripen sie strenge Repressalien gegen die der Konföderation angehörenden Gewerkschaften. Gleichzeitig begannen sie Parallelorganisationen aufzuziehen, an deren Spitze Gegner der Gewerkschaftseinheit gestellt wurden. So wurde die zahlenmäßig schwache Nationale Konföderation der schaffenden Menschen (Confederação Nacional dos trabalhadores do Brasil) zusammengeküstert. Durch ein Dekret vom 25. Oktober v. J. „legitimiert“ der Präsident ohne die Zustimmung des Parlaments die neue Organisation und erklärte sie für die einzige legitime Gewerkschaft. Dieser Versuch, an Stelle echter Arbeiterorganisationen von Feinden der Arbeiterbewegung geschaffene Zwangsvereinigungen unterzuschieben, rief unter den brasilienschen Arbeitern große Empörung hervor. Die meisten Gewerkschaften des Landes boykottierten die von den Behörden dekretierte Vereinigung und blieben in den Reihen der Konföderation der Werktätigen Brasiliens.

Die brasiliensche Regierung konnte sich lange nicht entschließen, die Tätigkeit der Konföderation zu verbieten, schließlich aber gelang es, wie sich jetzt herausstellt, dem Einfluß bestimmter Kreise der USA, den Eifer der brasilienschen Reaktion so anzustacheln, daß sie eine Generaloffensive gegen die demokratischen Kräfte des Landes einleitete. Am 15. April wurde der Kommunistische Jugendverband verboten, am 7. Mai die Kommunistische Partei und die Konföderation der Werktätigen Brasiliens.

Wie die brasiliensche Presse mitteilt, hatte der USA-Brigadegeneral Saville, der Kommandeur der Luftwaffensektion der von Brasilien und den USA beschickten Militärikommission, schon vorher Kenntnis davon, daß in Brasilien die Kommunistische Partei verboten werden würde. Die Zeitung „Tribuna Popular“ beschuldigt Pawley, den USA-Botschafter in Brasilien, geradezu, dem Präsidenten Brasiliens den Befehl erteilt zu haben, die Kommunistische Partei zu verbieten.

Die brasiliensche Assoziation der Kriegsveteranen (Associação Brasileira dos veteranos de Guerra) erließ am Siegesfeiertag ein Manifest an das Volk, worin sie auf die große Bedeutung des Sieges über den deutschen Faschismus hinweist. Weiter erklärt die Assoziation:

„Wir müssen viel Mühe aufbieten, um den Frieden und die Demokratie zu verteidigen, denn die auf dem Schlachtfeld besiegten Feinde sind in unserem Heimatland und in anderen Ländern noch am Leben und bedrohen unsere Errungenschaften.“

Diese Warnung ist mehr als zeitgemäß. Die reaktionären Kreise Brasiliens verletzen durch die Verfolgung der demokratischen Verbände die demokratischen Freiheiten des Volkes und ebnen dem Faschismus den Weg.

„TRUMANDOKTRIN“ UND ERDÖL

In Kommentaren zu dem vom Kongreß bestätigten Programm Trumans über Maßnahmen in Griechenland und der Türkei hebt die amerikanische Presse hervor, hinter diesen Maßnahmen stünden die Erdölinteressen. „Sun“ (Baltimore) z. B. brachte sie in einen direkten Zusammenhang mit der Tatsache, daß Griechenland und die Türkei Schlüsselstellungen auf dem Wege zu den riesigen Erdövvorräten Saudi-Arabiens bilden, in deren Bewirtschaftung große amerikanische Kapitalien angelegt sind.

Die wachsende politische und ökonomische Aktivität der USA in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens bezieht die Umteilung der Einflußsphären und der Erdölkonzessionen. Wie Moffett, der frühere Verwaltungsvorsitzende der Arabian-American Oil Company und einer der ehemaligen Leiter der Standard Oil Company of California, zugeben mußte, hat die Regierung der USA in den letzten Jahren absichtlich erhöhte Preise für arabisches Erdöl gezahlt, um den amerikanischen Gesellschaften die Möglichkeit zu geben, ihre Konkurrenten zu verdrängen und die Erdöltreicher der Länder des Mittleren Ostens in ihren Besitz zu bringen. Gegenwärtig besitzen die amerikanischen Erdölkönige mehr als 40 Prozent der Aktien der Firmen, die die Erdöllquellen der arabischen Länder ausbeuten. Allein in Saudi-Arabien kontrollieren sie 424 Quadratmeilen erdölführender Bodenflächen. Sie exportieren alljährlich 7,5 Millionen Barrel Erdöl aus diesen Gebieten.

Die Hälfte der Aktien der Anglo-Iranian Oil Company befindet sich heute in der Hand amerikanischer Gesellschaften. Amerikanische Gesellschaften bauen eine höchst wichtige Erdölleitung vom Persischen Golf ans Mittelmeer usw.

Die Interessen der amerikanischen Erdölgesellschaften spielen eine erstrangige Rolle in dem „Anleihefeuer“, vor dem die Wall Street plötzlich befallen ist. Man verhandelt über die Gewährung von Anleihen an eine ganze Anzahl nahöstlicher Länder. Iran z. B. sind 250 Millionen Dollar, Ägypten 25 Millionen Pfund Sterling zugesagt. Die vorgesehenen Anleihebedingungen sollen, wie die Bagdader Zeitung „Saut al Ahali“ erklärt, den Kampf gegen die demokratischen Freiheiten im breitesten Sinne des Wortes ermöglichen.

Die Gewährung von Anleihen an Griechenland und die Türkei bedeutet, wie Senator Johnson ausgeführt hat, nichts anderes, als daß dem Rockefellertrust Standard Oil ein die ganze Welt umfassendes Erdölmonopol gesichert wird. Die der Morgangruppe gehörende Wochenschrift

„Time“ schrieb, als Truman sein Programm proklamierte, da hätten alle

„laut von Griechenland und der Türkei gesprochen, von dem weiter südlich befindlichen Erdölvorland aber nur geflüstert.. Mit schweigender Billigung der Regierungen der USA und Englands hat eine mächtige Gruppe von Erdölgesellschaften der USA Serien von Abkommen geschlossen, um diesen Erdölvorland erschließen und ausnutzen zu können.“

Die Völker des Nahen und des Mittleren Ostens sehen mit Recht in der amerikanischen Politik eine Bedrohung für die nationale Befreiungsbewegung. Die USA haben die Absicht, sich in diesen Ländern auf diktatorische Marionettenregierungen zu stützen, die von der Macht des Dollars abhängig sind. Man weiß, daß die Amerikaner u. a. die Absicht haben, einen panislamistischen Ostblock unter Führung der Türkei, dieses alten Feindes der arabischen Staaten, zusammenzuziehen. Die syrische Zeitung „Al Dschumhur“ schrieb Anfang April:

„Die Araber protestieren gegen die amerikanische Einmischung, die das Ziel verfolgt, den britischen Imperialismus durch den amerikanischen zu ersetzen, der seine Tätigkeit mit der Gewährung von Anleihen beginnt, um dann zur Besitzergriffung des Erdöls überzugehen und mit der Drohung, die Atombombe anwenden zu wollen, zu endigen.“

In diesen wenigen Zeilen liegt die Quintessenz der jetzigen USA-Politik im Nahen und Mittleren Osten.

EIN CIRCULUS VITIOSUS

England macht eine schwere Ernährungskrise durch. Wie die englische Presse mitteilt, sind durch Fröste und Überschwemmungen etwa 2,5 Millionen Schafe und 30 000 Rinder zugrunde gegangen. Ein Zehntel des Ackerlandes wird in diesem Jahre keine Ernte tragen. Die Zuckerrüben- und Kartoffelsaaten haben ernstlich gelitten.

Die Ursachen für die Ernährungsschwierigkeiten stecken jedoch nicht nur in der Mißernte. Sie reichen beträchtlich tiefer. Bekanntlich hat England mit seiner schwach entwickelten Landwirtschaft stets Lebensmittel und Rohstoffe importiert. Vor dem Kriege führte es zwei Drittel der notwendigen Lebensmittel ein. Jetzt müßte England, wenn es die für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Vorkriegszeit notwendigen Lebensmittel importieren wollte, bedeutend mehr Industrieartikel exportieren als vor dem Kriege. Dafür jedoch braucht es auch mehr Rohstoffe, zu deren Import ausländische Zahlungsmittel, insbesondere Dollars, notwendig sind. Indessen hat England nach dem Kriege seine früheren Posi-

tionen auf dem internationalen Geldmarkt verloren. Sein sogenannter „unsichtbarer Export“ ist stark zurückgegangen, insbesondere die Einnahme aus ausländischen Kapitalanlagen, mit denen es vor dem Kriege seinen Import noch teilweise zu decken vermochte. England wird aus seinen früheren Finanz- und Handelspositionen durch die USA, seinen transatlantischen Rivalen, verdrängt.

Die englischen Zeitungen erklären, England versuche aus der Zwickmühle herauszukommen, indem es sich der ihm von den USA und Kanada in Form von Anleihen gewährten Dollarkredite zeitweilig zur Importdeckung bediene. Aber in dem Maße, wie diese Mittel dahinschmelzen, steht England vor der ganzen Furchtbarkeit der Perspektive, seinen Import einschränken zu müssen. So entsteht ein Circulus vitiosus, ein verzweigter Kreis.

Englands schwierige Finanzlage, seine passive Handelsbilanz, seine ökonomische Abhängigkeit von dem transatlantischen Konkurrenten machen eine Steigerung des Exports und eine Einschränkung des Imports notwendig. Man darf jedoch nicht den Import von Rohstoffen einschränken, weil es dann unmöglich sein würde, die Exportindustrie zu forcieren. Deshalb schränkt England gegenwärtig den Lebensmittelimport ein.

Der „Economist“, bekanntlich ein Organ der Geschäftskreise, bemerkt anlässlich der raschen Herausgabe der durch die amerikanische Anleihe gewonnenen Mittel, es habe bereits eine Importeinschränkung begonnen. Die Zeitschrift schreibt, England stehe vor der Alternative, entweder den Import der wichtigsten Rohstoffe einzuschränken, was Arbeitslosigkeit bedeute, oder den Import der wichtigsten Nahrungsmittel einzuschränken, und das bedeute Hungersnot.

JAPAN — DER „49. STAAT DER USA“

General MacArthurs kürzlich aufgestellte Behauptung, in Japan habe „die Demokratie ihren Einzug gehalten“, ist von der Weltöffentlichkeit sehr skeptisch aufgenommen worden. Ist es doch für niemand ein Geheimnis, daß die japanischen Reaktionäre mit Unterstützung der amerikanischen Besatzungsbehörden die Schlüsselstellungen im Lande faktisch in ihren Händen behalten haben. Die im April durchgeführten Wahlen zum japanischen Parlament, die auf Grund des neuen, antidemokratischen Wahlgesetzes vorgenommen wurden, haben die Stellung der Reaktion noch weiter gefestigt. Der australische „Sydney Morning Herald“ erklärt in einem Kommentar zu

den Wahlergebnissen, die japanische Regierung könne

„trotz der Versicherung MacArthurs den Millionen von Menschen mit frischen und furchtbaren Erinnerungen an die japanische Aggression schwerlich Vertrauen einflößen.“

Die Politik der amerikanischen Behörden, die den reaktionären Kräften in Japan Vorschub leistet, wird von den imperialistischen Kreisen inspiriert, die danach streben, das Land in einen Vorposten der Expansionsgelüste der USA zu verwandeln. Charakteristisch ist die Art, wie die Presse des Britischen Imperiums hierauf reagiert.

Der „Manchester Guardian“ schreibt sehr anschaulich, Washington habe die Absicht, Japan „in eine Art 49. Staat der USA“ zu verwandeln, da die Japaner geeignet seien, „in Zukunft als Fabrik ebenso wie als Kanonenfutter zu dienen“. Der in Sydney (Australien) erscheinende „Sunday Sun“ schrieb am 4. Mai, die Japanpolitik der USA bestehe darin,

„das Land zu einem virtuellen Protektorat der USA zu machen, mit einer Kontrolle über sein Volk und seine Industrie, zu einem Pufferstaat gegen die Sowjetunion in Friedenszeiten und einem Söldner für den Fall eines Krieges“.

„Sunday Sun“ fügt hinzu, eine solche Politik könne keinen Erfolg haben. Nichtsdestoweniger wird eine solche Politik betrieben. Das muß unbedingt im Auge behalten werden, wenn man die Unterstützung, die die amerikanischen Behörden den japanischen Reaktionären audeihen lassen, richtig beurteilen will.

DER AUFSTAND AUF MADAGASKAR

Ende März brach unter der eingeborenen Bevölkerung der Insel Madagaskar ein Aufstand aus. Die französischen Kolonialgewalten setzten gegen die Aufständischen die neuesten technischen Kampfmittel, darunter auch Flugzeuge, ein. Die Kämpfe dauerten über einen Monat an, ohne daß jedoch, nach den letzten Meldungen zu urteilen, der Aufstand unterdrückt worden wäre.

Die offiziellen Kreise Frankreichs bemühen sich, die Ereignisse auf Madagaskar zu bagatellisieren. Sie bezeichnen die Aufständischen als „Extremisten“, „Rebellen“, „Banditen“ und verbreiten die Version, es handle sich um eine nationalistische Verschwörung. In Wirklichkeit jedoch steht die Sache nicht ganz so einfach.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung Madagaskars mit dem Kolonialregime hat tief hinabreichende Wurzeln. Ende des vorigen Jahrhunderts gelang es Frankreich mit Hilfe von Betrug

und grober Gewalt, Madagaskar endgültig zu seiner Kolonie zu machen und seine Stellung dort zu festigen. Die französische Kolonialverwaltung hat den Bauern die besten Ländereien weggenommen. Für die örtliche Bevölkerung wurde eine „Arbeitsdienstpflicht“ eingeführt. Die französischen Pflanzer begannen die Eingeborenen auf den Vanille-, Kaffee-, Nelkenplantagen usw. schwer auszubeuten, während die französischen Industriellen sie in Graphitwerke, Schiefergruben und auf die Goldfelder trieben. Angesichts dieser Ausbeutung und der politischen Rechtlosigkeit versuchte die Bevölkerung Madagaskars immer wieder, sich von dem Kolonialjoch zu befreien.

Die aufständische Bevölkerung Madagaskars verlangt demokratische Freiheiten und das Recht auf Selbstverwaltung. Diese Forderungen sind so berechtigt und gemäßigt, daß sogar die Londoner „Times“ den französischen Behörden rät, zur Beruhigung der „politischen Erregung“ (unrest) der Bevölkerung der Insel unverzüglich ein „größeres Maß lokaler Autonomie“ einzuräumen.

Die Ereignisse auf Madagaskar haben in Frankreich ernste Besorgnis hervorgerufen. Sie wurden in der Nationalversammlung erörtert, insbesondere im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die französischen Behörden fünf Madagaskar vertretende Mitglieder der Nationalversammlung verhaftet haben. Die demokratische Öffentlichkeit Frankreichs ist der Auffassung, daß bei der Lösung der Frage Madagas-

kers die berechtigten Forderungen der dortigen Bevölkerung berücksichtigt werden müssen. Zu diesem Zweck brachte Jacques Duclos, der Vertreter der kommunistischen Fraktion, eine Resolution ein, in der gefordert wird, eine besondere Untersuchungskommission nach Madagaskar zu schicken. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die französischen Behörden zeigen sich auf dem Gebiet der politischen Forderungen nicht zu Zugeständnissen bereit, da sie offenbar darauf rechnen, auch weiter mit Hilfe von Gewalt vorgehen zu können. Der Hohe Kommissar Frankreichs auf Madagaskar, de Coppet, hat aus der Metropole militärische Verstärkungen angefordert.

Die demokratische Presse Frankreichs bemerkt in der Diskussion über das Kolonialproblem, daß zwei einander entgegengesetzte politische Konzeptionen existieren. Eine von ihnen sucht die Konsolidierung des Französischen Bundes in der Entwicklung und Zusammenarbeit seiner Völker auf der Grundlage von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, in Übereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung. Die andere verteidigt verzweifelt die alten Kolonialmethoden der nationalen Unterdrückung, der Sklaverei und der Ausbeutung.

Die Ereignisse auf Madagaskar bezeugen ebenso wie der Kampf des indochinesischen Volkes um seine Unabhängigkeit, daß die Anwendung der alten ungerechten Methoden unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei den Kolonialvölkern auf entschiedenen Widerstand stößt.

Auf Formosa

(Reisenotizen)

M. PROZENKO

DER VOLKSAUFSTAND auf Formosa, den die chinesischen Behörden in Blut ertränkt haben, lenkte die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf dieses reich gesegnete malerische, abgelegene Fleckchen Erde.

Was veranlaßte die friedlichen Inselbewohner, die sich erst vor anderthalb Jahren vom japanischen Joch befreit hatten, in den Aufstand zu treten? Weshalb hielten die Behörden Chinas, das 8 Jahre lang einen nationalen Befreiungskrieg gegen den japanischen Aggressor führte, blutige

Abrechnung mit diesem Volk? Die Tatsachen selbst geben Antwort auf diese Fragen.

Ende vorigen Jahres besuchten wir Formosa. Die Hauptstadt der Insel, Taihoku, liegt inmitten der Ebene von Nordformosa, am Ufer des stillen Flusses Tonsul, der sich durch malerische Felder und Gärten schlängelt. Bei der Ankunft überraschen die für chinesische Verhältnisse ungewöhnlich breiten, von Palmen eingesäumten Straßen der Stadt. Die Stadt erscheint aber nur auf den ersten Blick so schön.

In Taihoku gibt es drei Stadtteile, deren jeder seine historischen Besonderheiten bewahrt hat. Die „Innenstadt“ ist Verwaltungsviertel; hier befinden sich in sauberen, geraden, mit Bäumen geschmückten Straßen die Ämter. Ein anderer Stadtteil, Tataoting, die „Chinesenstadt“, ist das Handelsviertel. Hier liegen in der Janpingstraße die größten Geschäfte und die Büros der Engrosfirmen, die Reis, Tee, Bananen und Ananas vertreiben. Im Bezirk Wanhuia befand sich einst der Hafen, aber der Fluß tritt an dieser Stelle allmählich zurück, so daß die Anlegestellen entsprechend verlegt werden müssen.

Taihoku ist in der Hauptsache Verwaltungs- und Handelszentrum. Industriebetriebe fehlen hier fast gänzlich, dafür aber florieren Restaurants, Bars und andere Vergnügungslokale.

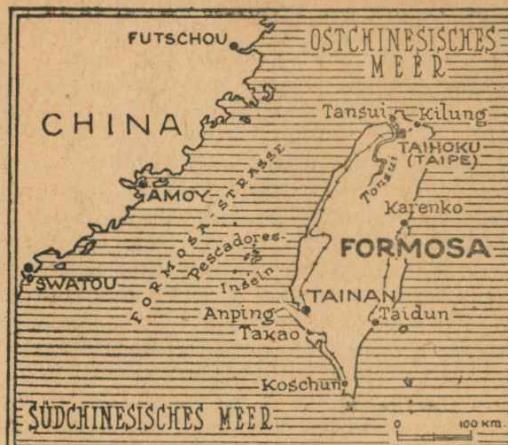
Formosa ist landschaftlich sehr schön. Eine Gebirgskette mit tiefen Schluchten, von üppiger, abwechslungsreicher Vegetation bedeckten Hängen und vereinzelten, bis zu 11 000 Fuß hohen Gipfeln zieht sich vom Nordrand bis zum Südrand der Insel. Brausende Flüsse entspringen inmitten von Tropendickichten, die die Berghänge bedecken. An der ganzen Westküste breitet sich eine Ebene aus, in der auch der größte Teil der 6,5-Millionen-Bevölkerung konzentriert ist.

Die Insel ist von der chinesischen Küste durch die etwa 150 km breite Formosastraße getrennt. Der Wendekreis des Krebses durchzieht die Insel etwas südlich von ihrem Zentrum. Der Norden liegt somit in den Subtropen, während der Süden zu den Tropen gehört. Das Klima ist sehr günstig, und mit Recht nennt man Formosa einen ewig blühenden Garten.

* * *

In Taihoku gibt es ein kleines Museum, das Zeugnis für die ereignisreiche Geschichte der Insel ablegt.

In chinesischen Chroniken wird Formosa zum erstenmal im Jahre 605 unserer Zeitrechnung, unter der Sui Dynastie, erwähnt. Im Jahre 1367 setzte die chinesische Regierung einen Gouverneur auf einer der Formosa benachbarten und in der Formosastraße gelegenen Pescadoresinseln ein. Zur selben Zeit benutzten japanische Piraten die Nordküste Formosas, insbesondere die überaus günstig gelegene Bucht von Kilung, als Ankerplatz. Schon um die Wende des 16. Jahrhunderts unterhielten japanische Kaufleute mehr oder minder ständige Handelsbeziehungen zu Formosa. Der 1615 unternommene Versuch des Gouverneurs von Nagasaki, die „Blattförmige Insel“, wie Formosa damals von den Japanern genannt wurde, zu erobern, schlug fehl.



Ende des 16. Jahrhunderts erschienen auf Formosa Portugiesen, die die Insel „Ilha Formosa“ (Wunderschöne Insel) nannten. Lange kämpften Holland, Spanien und Portugal miteinander um ihren Besitz. Als um die Mitte des 17. Jahrhunderts in China die Mandschu Dynastie zur Macht gelangte, kamen Chinesen auf der Flucht vor den neuen Herrschern auf die Insel. Unter den Flüchtlingen befand sich der chinesische Heerführer Tscheng tsch'engkung. Die Insel wurde chinesisch. Die Willkür der Feudalverwaltung rief unter den Bewohnern Empörung hervor. Fast ohne Unterbrechung folgte ein Aufstand dem andern.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Engländer und Franzosen auf Formosa aufmerksam. Unter ihrem Druck öffnete die Pekinger Regierung dem ausländischen Handel die formosischen Häfen Tansui, Koschun und Anping.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde Formosa von den Japanern erobert. Die Inselbewohner traten daraufhin in den Aufstand. Im Mai 1895 wurde auf Formosa die Republik ausgerufen, die sich einige Monate halten konnte. Erst im Oktober gelang es den Japanern, die Insel völlig zu okkupieren. Aber der Partisanenkrieg und die illegale Tätigkeit der Revolutionäre Formosas dauerten an. Alle zwei, drei Jahre kam es auf der Insel zu Massenaufständen. Während des Pazifikkrieges bestand in China eine Formosaer Revolutionäre Liga, die den Kampf für die Befreiung Formosas vom japanischen Joch fortsetzte. Die Kapitulation Japans bereitete seiner Herrschaft über Formosa, die ein halbes Jahrhundert dauerte, ein Ende. Laut Beschuß der Konferenz von Kairo kam die Insel wieder an China.

Die Bevölkerung Formosas besteht zu 95 Prozent aus Chinesen, die im Laufe der Jahrhunderte vom Kontinent hierher übersiedelt sind und die Wesenszüge ihrer Rasse zwar in der Hauptsache beibehalten haben, aber trotzdem von den Japanern und der Urbevölkerung beeinflußt wurden. Das zeigt sich besonders in der Umgangssprache. Obwohl die Inselbewohner meist Bauern sind, besitzen nur 30 Prozent von ihnen eigenen Boden. Die übrigen sind kleine, ständig bei den Grundbesitzern verschuldete Pächter oder auch Tagelöhner, die auf kapitalistisch bewirtschafteten Großplantagen arbeiten. Ein bedeutender Teil des Ackerlandes wurde den Bauern von den japanischen Eroberern abgenommen, nach Kriegsende aber geriet der Boden in die Hände chinesischer Grundbesitzer und der Kuomintangbehörden. Auf den Plantagen sind die Arbeitsbedingungen sehr schwer, die Landarbeiter führen ein Elendsdasein.

Eine Sehenswürdigkeit Formosas sind für Europäer die Eingeborenenstämme, die die Insel vermutlich seit mindestens 2000 Jahren bewohnen. Diese Stämme wurden von Europäern, Chinesen und später von Japanern teils ausgerottet, teils aus den fruchtbaren Ebenen in die schwer zugänglichen Berge vertrieben. Die Eingeborenenstämme stehen auf niedriger Kulturstufe. Sie leben in Berghöhlen, in einer Art von Lauben, die sie auf Bäumen bauen, oder in Pfahlhütten. Im ganzen gibt es etwa 160 000 Eingeborene. Sie sind meist Jäger. Da sie schnell laufen, geschickt Berge ersteigen und Bäume erklettern sowie ausgezeichnet die reißenden, tiefen Ströme durchschwimmen, sind sie im Partisanenkrieg gefährliche Gegner.

In den Jahren ihrer Herrschaft führten die Japaner einen systematischen Krieg gegen die Eingeborenen. Die Bergstämme rächten sich erbarmungslos für ihre Grausamkeiten, so daß die Japaner sich gezwungen sahen, an der Grenze der von Eingeborenenstämmen bewohnten Gebiete Drahtverhause anzulegen und Polizeiwachen aufzustellen. Mit modernsten Waffen ausgerüstete japanische Truppenteile zerstörten Eingeborenendörfer.

Im Süden sind die Eingeborenenstämme weniger kriegerisch und haben eine andere Lebensweise. Sie treiben Ackerbau oder arbeiten auf den Plantagen. Einmal führten uns Eingeborene ihre Tänze und Lieder vor. Der typische Eingeborenentanz und der monotone Gesang entsprachen genau alten Reisebeschreibungen über Länder mit primitiven Völkerstämmen. Alles wirkte jedoch unnatürlich. Man spürte, daß dem Zuschauer „Exotik“ geboten wurde, daß man es ihm „recht-

machen“ wollte. Die Eingeborenen von Südförmosa haben bereits mit der Kehrseite der europäischen Zivilisation — mit Geld, Schnaps und Tabak — Bekanntschaft gemacht.

* * *

Die Fahrt nach Südförmosa ist sehr interessant. Links vom Wege steigen wilde, waldige Berghänge auf, rechts sieht man die gischtumbrandete Küste und den glatten blauen Meeresspiegel. Zu beiden Seiten der Bahnstrecke breiten sich Risfelder, Tabak-, Ananas-, Zuckerrohrplantagen und Bananenhaine aus. Einen erschütternden Kontrast zu dieser festlich schönen, reichgesegneten Natur bilden die armseligen Hütten und das Elend der arbeitsamen Bevölkerung.

Die Früchte ihrer Arbeit ernten nämlich diejenigen, die auf fremde Kosten leben. An den Eisenbahnstationen sieht man halbnackte, in schmutzige Lumpen gehüllte Männer und Frauen und nackte Kinder. Nur die Natur, die keinen Winter kennt, hat Mitleid mit der Not der Bevölkerung.

Die Eisenbahn überquert zahlreiche Flüsse, die von den Bergen ins Meer strömen. Sie sind wasserarm, spielen aber in der Wirtschaft der Insel eine große Rolle. Sie speisen 26 Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 270 000 Kilowatt. Außerdem gibt es 8 Dampfkraftwerke. Die zentralisierte Überlandleitung zieht sich an der ganzen Westküste Formosas 370 km weit hin.

Der billige Strom bietet der Industrie große Entwicklungsmöglichkeiten, aber die Elektrowirtschaft ist sehr vernachlässigt. Manche Kraftwerke sind nicht in Betrieb, andere nur teilweise, obwohl sie durch den Krieg nicht stark gelitten haben. Zu ihrer Wiederherstellung fehlt es den heute amtierenden chinesischen Behörden aber offensichtlich an ernstem Willen und wirklichem Können. Sie haben sich deswegen Fachleute aus New York kommen und von amerikanischen Unternehmern einen auf 3 Jahre berechneten Wiederherstellungsplan entwerfen lassen. Vorläufig aber sind die Kraftwerke nach wie vor in schlechtem Zustand.

Unter den Reichtümern Formosas steht die Kohle an hervorragender Stelle. Auf unserer Reise nach dem Süden sahen wir Kohlenbergwerke unmittelbar an der Eisenbahnstrecke. Nach chinesischen Angaben werden die Kohlevorräte auf 400 Millionen Tonnen geschätzt. Sie liegen aber nur in etwa 0,50 m dicken Schichten. Auf der Insel gibt es 55 Bergwerke. Etwa 20 000 Arbeiter sind im Kohlenbergbau beschäftigt. Formosa hat auch Erdölvorkommen, aber die Ölgewinnung ist nur schwach entwickelt.

Die im Süden Formosas gelegene Stadt Koschun, der Endpunkt unserer Reise, ist ein ehe-

maliger japanischer Marinestützpunkt, der vom Süden her den Zugang nach Japan schützte. Stadt und Hafen sind durch amerikanische Flugzeuge stark zerstört worden. Die Wiederherstellungsarbeiten sind noch nicht recht im Gange. Alle Hafenanlagen sind völlig unbrauchbar gemacht worden. Den prachtvollen geräumigen Hafen nennt man jetzt die „Todesbucht“. Von einer dicken Rostschicht überzogene Schiffsskelette liegen unter Wasser oder auf Sandbänken.

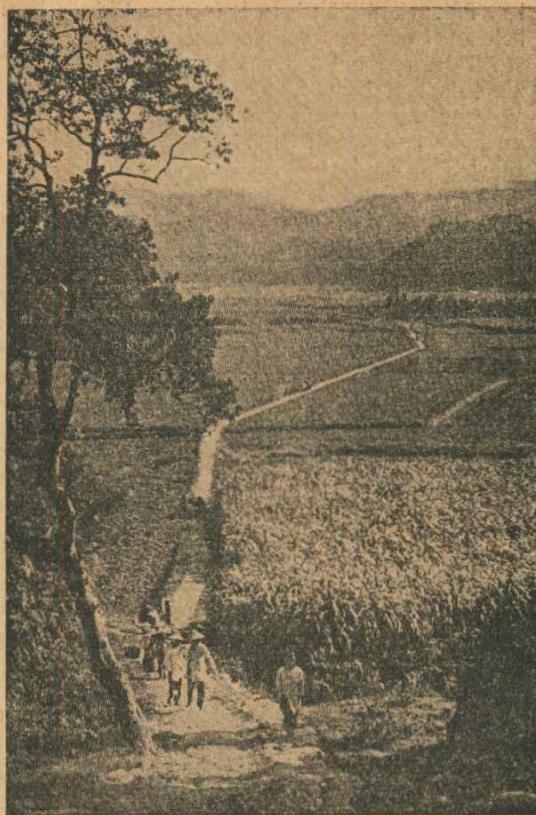
Unter der Leitung eines japanischen Schiffers unternahmen wir auf einem kleinen Hafenkutter eine halbstündige Fahrt durch die „Todesbucht“. Ringsum Zerstörung, Verwahrlosung. Nur ein japanischer Dampfer lag vor Anker und wurde mit Salz befrachtet.

Koschun ist ein großes Industriezentrum. Hier befinden sich Zement- und Hüttenwerke, Aluminiumfabriken, Erdölraffinerien und Kampferwerke. Obwohl die Betriebe durch den Krieg wenig gelitten haben, ist ihre Produktivität stark zurückgegangen. So werden insgesamt nur 86 560 Tonnen Kohle im Monat gefördert. Die Zementgewinnung ist von 300 000 Tonnen auf 5700 Tonnen gesunken.

Diese amtlichen Angaben spiegeln den wirklichen Sachverhalt nur ungenau wider. Lange vor unserer Reise hatten wir aus der chinesischen Presse von der schweren Wirtschaftslage Formosas und von dem Elend seiner Bevölkerung erfahren. Wie die Wirklichkeit aussieht, davon überzeugten wir uns in Koschun, wo wir den Alltag der Bewohner beobachten konnten. Wir besuchten Läden, Teestuben und kleine Wirtshäuser auf dem Markt und unterhielten uns mit Bewohnern der Stadt. Überall hörten wir Jammern und Klagen. Man erzählte uns, wie die Kuomintangverwaltung, die nach der Kapitulation Japans auf Formosa eingezogen ist, die Insel dem Ruin preisgibt.

Nach der Niederwerfung Japans mobilisierte die Kuomintangregierung bekanntlich ihre Truppen gegen die chinesische demokratische Volksarmee. Der neue Bürgerkrieg erforderte aber Lebensmittel und Geld. Dies begannen die Kuomintangbehörden aus Formosa herauszupumpen. Von der Insel wurden sofort Reis-, Zucker-, Obstvorräte und viele andere Waren nach China geschafft. Eine Fabrik nach der anderen wurde stillgelegt, die Arbeitslosigkeit nahm zu, die Preise stiegen. Die Bevölkerung erkannte, daß sie nach der Befreiung vom japanischen Joch in neue Knechtschaft geraten war.

Infolge des eingeführten Regierungsmonopols auf Reis, Zucker, Obst, Tabak, Salz und andere Waren wurden diese teils zu Kriegszwecken, teils für Spekulationen auf dem Schanghaier Markt



Zuckerrohrplantage auf Formosa

nach China transportiert. Die Lebensmittelpreise auf den Märkten sind horrend. Unter dem Vorwand, die Bevölkerung sei während der japanischen Okkupation „kulturell zurückgeblieben“, führte die Kuomintang ein System der Diskriminierung ein. Alle Verwaltungssämter wurden aus China entsandten Beamten übergeben. Genau wie unter der Japanerherrschaft werden Eingeborene zu Verwaltungsposten nicht zugelassen. Gleichzeitig aber verbleiben Japaner auf vielen führenden Posten, insbesondere bei den Eisenbahnen und in den wenigen in Betrieb befindlichen Unternehmungen. Ende des vorigen Jahres gab es auf Formosa über 7000 japanische Ingenieure, Techniker und Werkmeister. Die chinesischen Behörden verhalten sich ihnen gegenüber loyaler als gegenüber den Einheimischen.

Den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Insel überläßt die Kuomintangregierung völlig ausländischem Kapital, in erster Linie amerikanischen Firmen. Tschenji, der ehemalige Gouverneur von Formosa, äußerte sich folgendermaßen: „Formosa

begrüßt, wie die übrigen Provinzen Chinas, herzlich ausländische Kapitalanlagen.“

All das rief unter den Volksmassen große Unzufriedenheit hervor, die schließlich zu einem Volksaufstand gegen die neue chinesische Verwaltung und die Politik der Zentralregierung führte.

Der Aufstand brach am 28. Februar d. J. in Taihoku aus. Die Aufständischen demolierten Regierungsämter und Läden und rechneten mit den Kuomintangbeamten ab. Sie besetzten die Amtsräume des Generalgouverneurs, den Stab der Garnison und viele andere Institutionen. Die Beamten schlossen sich in ihren Häusern ein und wagten sich nicht auf die Straßen. Der Aufstand breitete sich schnell über die ganze Insel aus.

Die Aufständischen stellten folgende Forderungen auf: Beseitigung der bürokratischen Verwaltung, Aufhebung der Monopole, Wählbarkeit der Bürgermeister und Magistrate, Gewährleistung demokratischer Freiheiten. Der Generalgouverneur der Insel war gezwungen, mit Vertretern der aufständischen Bevölkerung in Verhandlungen zu treten und die Erfüllung ihrer Forderungen zu versprechen. Es wurde sogar ein besonderes Komitee geschaffen, das mit der Vorbereitung eines Reformplans beauftragt wurde. Wie sich aber später herausstellte, waren Verhandlungen und Versprechungen des Gouverneurs nur ein Manöver, um Zeit zu gewinnen. Unterdessen wurden vom Kontinent mehrere Divisionen auf die Insel entsandt, die ein Blutbad anrichteten. Die Bevölkerung wurde auf den Straßen von Taihoku mit Maschinengewehren beschossen. Strafexpeditionen brachen in die Häuser ein, plünderten und mordeten. Die Straßen der Stadt waren, nach Aussagen von Augen-

zeugen, mit Leichen besät. Etwa 4000 Zivilpersonen wurden in Taihoku getötet. Auf der ganzen Insel fielen 10 000 Zivilpersonen den Strafexpeditionen zum Opfer.

Die Kämpfe in verschiedenen Teilen der Insel dauerten bis Ende März an. Ein Teil der Aufständischen bildete Partisanenabteilungen und zog in die Berge. Das Militärrkommando konnte sich nicht entschließen, Truppen zu ihrer Verfolgung auszuschicken, und griff zu provokatorischen Methoden. Es gab bekannt, wer die Waffen strecke, würde begnadigt werden. Manche Partisanen schenkten diesen Versprechungen Glauben und kehrten zurück. Sie wurden sofort hingerichtet.

Der Aufstand wurde unterdrückt. Nichtsdestoweniger hielten die Behörden, die über sein Ausmaß erschrocken waren, es doch für geraten, das Regime ein wenig zu mildern. Die Verwaltung wurde obenhin reorganisiert, einige Vertreter der Ortsbevölkerung wurden zu den Verwaltungsgesetzten herangezogen. Militärgouverneur Tschenj wurde abgesetzt. An die Stelle der Militärverwaltung trat eine Zivilverwaltung. Man kann sich vorstellen, welch himmelschreende Zustände auf Formosa geherrscht haben müssen, wenn die Kuomintangbehörden nach Unterdrückung des Aufstands gezwungen waren, den Forderungen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Über den Aufstand auf Formosa erfuhren wir erst in Moskau, einige Monate nach unserer Rückkehr. Beim Lesen der kurzen Zeitungsmeldungen über das Blutvergießen in den Straßen Taihokus gedachten wir erschüttert des blühenden Formosas, seines schwergeprüften Volkes und seiner jahrhundertealten Traditionen im Kampf für die elementarsten Menschenrechte.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Was sich übelwollende amerikanische und englische Reporter über die Sowjetunion ausdenken

Mister Ewer, diplomatischer Berichterstatter der Labourzeitung „Daily Herald“, und Mister Clifford, Mitarbeiter an der ultrakonservativen „Daily Mail“, sind kürzlich nach London zurückgekehrt, nachdem sie sich anderthalb Monate als Sonderkorrespondenten ihrer Blätter in Moskau aufgehalten hatten, um auftragsgemäß über die Außenministerberatung zu berichten. Was sie darüber in den Londoner Zeitungen mitteilten hatten, glänzte nicht durch Objektivität. Mit Vorbedacht bauschten sie die auf der Tagung hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten auf und erfanden nicht vorhandene hinzu, schrieben des langen und breiten über „auswegslose Situationen“, verschwiegen manche Reden der Sowjetdelegierten ganz, entstellten andere und wandten sich besonders aggressiv gegen die gerechtfertigten Reparationsforderungen der Sowjetunion.

So schrieb z. B. Clifford in der „Daily Mail“, die Konferenzteilnehmer hätten sich mehrfach in einer auswegslosen Situation befunden, durch die Europa von der Ostsee bis zu den Alpen gespalten werden würde.

Neben dieser Art Information (oder richtiger Desinformation) über den Verlauf der Tagung berichteten Ewer und Clifford wie auch andere Sonderkorrespondenten englischer und amerikanischer Blätter aus Moskau über das Leben in der Sowjetstadt, das kennenzulernen ihnen, wie sie selbst zugeben, weitgehende Möglichkeit geboten war. Sie waren in Moskauer Schulen, Theatern, Krankenhäusern, in der Universität, in einem medizinischen Forschungsinstitut, im Stalin-Autowerk, in der Redaktion der „Prawda“ und im Schriftstellerverband. Viele von ihnen, darunter auch Mr. Clifford, reisten nach Stalingrad und besichtigten dort Betriebe, Klubs, Kindergärten und Wohnhäuser, sie sprachen mit Werkangestellten, mit führenden Mitgliedern des Stadtsoviets, mit Verteidigern Stalingrads und mit anderen Einwohnern der Stadt.

Die Tagung kam zum Abschluß, und die Auslandskorrespondenten kehrten aus Moskau nach London und Manchester, nach Neuyork, Washington und Chikago zurück. In den letzten drei Wochen haben sie in ihren Blättern mindestens zwei Dutzend Artikel über die Sowjetunion veröffentlicht. Worüber schreiben sie? Darüber, was sie in Moskau und Stalingrad sahen und hörten? Dar-

über, was sie in Fabriken, in Schulen und auf der Universität beobachteten? Nein, die meisten berichten etwas ganz anderes.

Mr. Ewer macht eine Reihe verblüffender Entdeckungen. Einer seiner ersten Artikel nach der Rückkehr aus Moskau trägt die Überschrift „Rußlands Wirtschaftskrise“. Es heißt dort, die Sowjetunion befnde sich „in den Klauen einer akuten Wirtschaftskrise“. Beweise werden nicht angeführt, und das war ja auch nicht möglich, denn die fast dreißig Jahre seit Aufrichtung der Sowjetmacht haben überzeugend bewiesen, daß es im Sowjetstaat Wirtschaftskrisen nicht gegeben hat, nicht gibt und auch nicht geben wird. Die Staats- und Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion, das sozialistische System der Volkswirtschaftsplanung schließen die Möglichkeit einer Wirtschaftskrise gänzlich aus. Vielleicht ist diese elementare Wahrheit Mr. Ewer und den Redakteuren des „Daily Herald“, der sich für ein sozialistisches Blatt hält, nicht bekannt? Aber nein, nicht um Unwissenheit handelt es sich hier, sondern um böse Absicht.

Es bedarf keines besonderen Scharfsinns, um zu begreifen, warum ihnen die Krise nicht aus dem Sinn kommt. Die völlig reale Gefahr einer Wirtschaftskrise, die über den USA heraufzieht und auch England nicht verschonen wird, kann ihnen nicht verborgen bleiben. Sie können keinerlei wirksame Maßnahmen gegen solche Krisen vorschlagen, diese ergeben sich ja unweigerlich aus der Natur des kapitalistischen Systems selbst. Ewers sensationelle Entdeckung einer „Wirtschaftskrise“ in der Sowjetunion ist ein recht unkluger Versuch, die Aufmerksamkeit der Leser von den Übeln und Gebrechen der englischen Volkswirtschaft abzulenken.

Dieser Versuch ist übrigens in Ewers Artikeln, die während der letzten 3 Wochen im „Daily Herald“ erschienen, nicht der einzige seiner Art. Böse Absicht spricht ganz klar auch aus den übrigen Entdeckungen dieses Sonderkorrespondenten. Er stellt erschüttert fest, daß bei uns in der Entlohnung Arbeiter und Angestellte verschiedener Qualifikation nicht über einen Kamm geschoren werden, und schreibt, in der Sowjetunion gebe es keine progressiv gestaffelte Einkommensteuer. Dies ist eine erzdumme Lüge. Ewer hätte in Moskau mit Leichtigkeit fest-

stellen können, daß die Einkommensteuer von Arbeitern und Angestellten nach einer progressiven Steuerskala erhoben wird. Je höher das Einkommen, desto höher der Prozentsatz der zu zahlenden Einkommensteuer. Die Kategorien von Arbeitern und Angestellten aber, die den verhältnismäßig geringsten Lohn erhalten, zahlen überhaupt keine Einkommensteuer.

Wie lügnerisch die Behauptungen Mr. Ewers sind, ist klar. Ihre Böswilligkeit tritt noch dadurch besonders klar zutage, daß dieser Labour-journalist nicht allein dasteht. In dem gleichen Sinne wie er schreiben auch Clifford in der reaktionären „Daily Mail“, Waithman im liberalen „News Chronicle“, Crankshaw im „Observer“, Coulter im „Daily Graphic“, Brandon in der „Sunday Times“ und Ashley in „Daily Telegraph and Morning Post.“ In demselben Sinne schreiben ferner einige amerikanische Sonderkorrespondenten, wie Davis in „Daily News“, Ward im „Sun“ (Baltimore), Denny in den Zeitungen des Scripps-Howard-Trusts, Fulton in der „Chicago Daily Tribune“... Jeder von ihnen stimmt nach Maßgabe seines Eifers und seiner Phantasie in die Antisowjetkakophonie ein. Schreibt Ewer über „Rußlands Wirtschaftskrise“, so schreibt Ward über einen „Zusammenbruch des Sowjet-systems“. Erfindet Clifford für die Sowjetunion einen „weit größeren Unterschied im Einkommen der Reichen und Ärmsten als ihn Großbritannien kennt“, so erdenkt Davis Millionäre im Sowjetland...

Tatsachen führen sie nicht an, ihre Erfindungen sind sinnlos, aber zweckbestimmt. Man gewinnt den festen Eindruck, daß diese Korrespondenten auch mit der Absicht in die Sowjetunion entsandt wurden, unser Land beim englischen und amerikanischen Volk zu verleumden, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu diskreditieren. Argwohn gegen die Sowjetpolitik zu entfachen und zu schüren. Mr. Clifford deckt seine Karten auf, wenn er die Parole ausgibt: Glaubt den Russen nicht! Er schreibt: „Nichts, was die Russen sagen oder tun, darf für bare Münze genommen werden.“ Und warum? Halten die Bürger der Sowjetunion ihr Wort nicht, erfüllen sie ihre Versprechungen nicht? Nein, das riskiert nicht einmal Clifford zu behaupten. Ihn erbost etwas ganz anderes, nämlich die Tatsache, daß das Sowjetvolk seinem Lande und dem sozialistischen System treu ergeben ist. Clifford konnte trotz aller seiner Bemühungen im Sowjetland keinerlei Anzeichen von Unzufriedenheit oder von einer „nach Veränderung der Staatsordnung strebenden Opposition“ entdecken, „keinerlei Anhaltpunkte dafür, daß das selbst im entferntesten möglich wäre“.

Die Clifffords waren in unser Land geschickt worden, um Schwächen, Risse, Krisen zu entdecken. Sie wurden enttäuscht, denn sie sahen ein Volk, das fest zu seiner Führung steht, seine Heimat heiß liebt, mit Erfolg die im Krieg empfangenen Wunden heilt und voll Zuversicht in die Zukunft schaut. Manche amerikanische Korrespondenten schreiben auch in diesem Sinne, so z. B. der amerikanische Korrespondent Kuhn („Washington Post“):

„Wo immer eine Menge von Moskauern um mich brandete — in der U-Bahn, in Theatern oder auf der Straße —, da fühlte ich mich zu ihnen hingezogen, sie gefielen mir und ich wünschte, ich könnte sie näher kennenlernen. Ich fühlte, wir könnten mit diesen Menschen irgendwie zusammenarbeiten, um eine glücklichere Welt aufzubauen.“

Ward und Denny, Ewer und Clifford, Waithman und Davis sind aber durchaus keine Anhänger freundschaftlicher Zusammenarbeit des englischen bzw. amerikanischen Volkes mit dem Sowjetvolk, im Gegenteil, was sie schreiben, soll auf dem Pfad der Zusammenarbeit der Völker einen Wall von Lügen und bösem Willen aufrichten.

Mit schlecht verhüllter Schadenfreude schreiben sie jetzt, nach der Außenministerberatung, es gebe auf der Strecke Minsk—Moskau noch viele zerstörte Gebäude, unser Land besitze noch nicht Lebensmittel und Massenbedarfsartikel im Überfluß. Sie tun, als ob sie nicht wüßten, daß die Zerstörungen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Sowjetland eine direkte Folge des Überfalls der Hitlerfaschisten sind, durch den das Sowjetvolk um 679 Milliarden Rubel geschädigt wurde. Sie wollen ihren Lesern weismachen, das Sowjetvolk selbst und seine Staats- und Gesellschaftsordnung seien an alledem schuld.

In ihren Moskauer Meldungen über die Außenministerberatung suchten sie den Schaden, den Hitlerdeutschland der Sowjetunion zugefügt hat, zu bagatellisieren, um unserem Lande sein unstreitiges Recht auf Wiedergutmachungsleistungen streitig zu machen. Jetzt aber überstreichen sie unsere Bedürftigkeit, keineswegs um sich mit den gerechtfertigten Reparationsforderungen des Sowjetvolkes an Deutschland zu solidarisieren, deren Erfüllung die Beseitigung der durch den faschistischen Überfall angerichteten Zerstörungen selbstverständlich beschleunigen könnte. Im Gegenteil, aus den Artikeln dieser Menschen, die aus den vom Kriege hervorgerufenen Leiden einen Gegenstand ihrer Spekulationen machen, klingt die Hoffnung durch, es möge ihren Brotgebern gelingen, die Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands an die Sowjetunion auch weiter zu hintertreiben und damit die Sowjetunion zu schwächen.

Die verleumderischen Artikel Ewers und Clifffords, Crankshaws und Ashleys, Waithmans, Couters und Brandons über die Sowjetunion riefen in fortschrittlichen Kreisen der englischen Öffentlichkeit Entrüstung hervor. Diese Entrüstung brachte u. a. Walter Hannington, ein Funktionär der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer Englands, zum Ausdruck, der Ende vorigen Jahres als Mitglied einer Gewerkschaftsdelegation in der Sowjetunion weilte. Als Antwort auf die Verleumdungen der „diplomatischen Beobachter“ veröffentlichte Hannington einen Artikel mit der Überschrift „Ich sah das wirkliche Rußland“. Er entlarvte die böse Absicht und Verlogenheit der Mitteilungen Ewers, Clifffords und ihresgleichen und forderte sie auf, ihre Märchen öffentlich, in einer Versammlung, zu wiederholen. Dieses öffentliche Treffen wurde für den 14. Mai in Beaver Hall, London, angesetzt. Es fand sich viel Publikum ein, aber — nicht ein einziger der Verleumder von Sonderkorrespondenten erschien. Sie haben es nicht gewagt und damit sich selbst entlarvt.

Es war nun klar, daß sie im Auftrag ihrer Arbeitgeber notorische Unwahrheiten über die Sowjetunion schrieben und nicht in die Sowjetunion gekommen waren, um die öffentliche Meinung Englands objektiv zu informieren, sondern — wie der bekannte amerikanische Journalist Ralph Ingersoll es treffend genannt hat — als „Korrespondenten eines unerklärten Krieges“, der in der amerikanischen und englischen Presse gegen die Sowjetunion, gegen Polen, Jugoslawien und andere Länder der progressiven Demokratie geführt wird.

In einem Artikel in der Mai-Nummer der Zeitschrift „Reader's Scope“ hebt Ingersoll hervor, die meisten amerikanischen Auslandskorrespon-

denten seien keine „objektiven Reporter“, die amerikanischen Zeitungsbetreiber aber seien Abnehmer nur für

„... Siegesnachrichten oder Schilderungen von der Niedertracht des Feindes... Kriegspropaganda ist es, die die amerikanische Presse erhält und die die amerikanische Presse dem amerikanischen Volk verkauft. Die einzige Unerlichkeit an der ganzen Operation ist, daß diese mit Kriegspropaganda gespickten Meldungen unter falscher Marke verkauft werden. Sie werden als gute, objektive Reportagen alter Fasson an den Mann gebracht.“

Die meisten in der amerikanischen und englischen Presse abgedruckten Artikel der diplomatischen Beobachter, die während der Außenministerberatung in der Sowjetunion weilten, gehören zu dieser ehrlosen, verleumderischen Propaganda. Der englische Korrespondent Clifford plaudert sogar aus, er ziehe den Krieg einer freundschaftlichen Zusammenarbeit der Völker vor. Seine Auffassung von den Beziehungen zum Sowjetvolk legt er folgendermaßen dar:

„... das ist Krieg — ein heiliger Krieg —, wie ihn die Welt seit dem Aufstieg des Mohammedanertums nicht mehr gesehen hat, ... ein Krieg... auf diplomatischem, politischem und ideologischem Gebiet...“

Als wirksame Waffe in einem solchen Krieg betrachtet Clifford — den Dollar. Diese Einstellung Clifffords und seinesgleichen ist unschwer zu begreifen, sie werden dafür bezahlt, manche mit Dollars, andere mit Pfund Sterling. Das Streben der Völker nach freundschaftlicher Zusammenarbeit ist jedoch stärker als die Interessen der großen und kleinen Ritter des Dollars. Den diplomatischen Beobachtern, die Argwohn und Zwietracht zwischen den Völkern säen, wird zuteil werden, was ihnen gebührt: Silberlinge von ihren Herren, Entrüstung und Verachtung von der progressiven Öffentlichkeit.

L. ROWINSKI

12. Mai

Der UNO-Unterausschuß für fortgeschrittenen Ausbau des Völkerrechts und seine Kodifizierung nimmt seine Tätigkeit auf.

Die USA gewähren Finnland einen zusätzlichen 10-Millionen-Dollar-Kredit zum Ankauf amerikanischer Restbestände im Ausland.

Eintreffen einer amerikanischen Handelsmission in Tokio.

13. Mai

Rücktritt der italienischen Regierung de Gasperi.

Der USA-Senat beschließt ein Gesetz, das Streiks verbietet und die Rechte der Gewerkschaften einschränkt.

14. Mai

In Chicago findet ein von der Organisation der Fortschrittl. Bürger Amerikas (Progressive Citizens of America) einberufenes Meeting mit 20 000 Teilnehmern statt.

In Kolumbien wird der Arbeiterkonföderation auf drei Monate die Betätigung verboten.

15. Mai

Abschluß der Sondertagung der UNO-Generalversammlung. Beschlußfassung über Zusammensetzung, Aufgaben und Vollmachten des Palästinaausschusses.

Schluß der ersten (Genfer) Tagung der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO.

Beginn einer außenpolitischen Debatte im englischen Unterhaus. Rede des Außenministers E. Bevin.

Das von der Organisation „Amerikaner für demokratische Aktion“ (Americans for Democratic Action) gegründete Komitee für wirtschaftliche Stabilität (Committee on Economic Stability) übermittelt Truman ein Exposé mit einem Kampfprogramm gegen die Wirtschaftskrise in den USA.

16. Mai

Eröffnung der Internationalen Konferenz für Fernmeldetechnik in Atlantic City (USA).

Francesco Nitti wird mit der Neubildung der italienischen Regierung beauftragt.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Mai 1947

In Frankreich endet der am 25. April begonnene Streik von 32 000 Arbeitern der Renault-Autobilwerke. Die Lohnforderung der Ausständigen wird nicht bewilligt.

In Rio de Janeiro wird ein Manifest des Nationalkomites der Kommunistischen Partei Brasiliens veröffentlicht, in dem gegen das Verbot der Kommunistischen Partei und der Konföderation der Werkältigen Brasiliens protestiert wird.

In Malang wird der indonesische Gewerkschaftskongreß eröffnet (ertritt bis 20. Mai). Der Kongreß beschließt eine Resolution mit der Forderung nach Evakuierung der holländischen Truppen.

Gründung einer neuen politischen Organisation in China, der Chinesischen Bauernpartei.

Starke Baisse an der Neuyorker Börse.

17. Mai

In Budapest wird eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der Donauländer eröffnet.

In 150 Städten der britischen Besatzungszone Deutschlands finden Protestdemonstrationen anlässlich der Ernährungsschwierigkeiten statt.

Niko Zachariadis, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands, wird vom Athener Gericht in contumaciam zu 3 Jahren Kerker verurteilt, weil er Zervas, den Minister für öffentliche Ordnung, in der Presse der Beihilfe zum Mord an Johann Zevgos, einem Führer der KP Griechenlands, entlarvt hat.

18. Mai

Die Regierungen der Sowjetunion und Rumäniens tauschen die Ratifikationsurkunden über den am 20. Februar d. J. in Moskau geschlossenen rumänisch-sowjetischen Handels- und Schiffahrtsvertrag aus.

19. Mai

In Moskau trifft der ungarische Finanzminister Miklós Nyárády ein.

In Neuyork nimmt der UNO-Unterausschuß für Nachrichten- und Pressefreiheit seine Arbeit auf.

Vierundzwanzigstündiger Hafenarbeiterstreik in Frankreich, auf Korsika und in Algier für Lohn erhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Generalleutnant Geoffrey Keyes wird zum Hohen Kommissar der USA in Österreich ernannt.

20. Mai

In Nanking, Peiping und anderen chinesischen Städten finden zahlreiche Studentendemonstrationen als Protest gegen den Bürgerkrieg und die schweren Lebensbedingungen statt. Mehrere Demonstranten werden von Polizei und Gendarmerie getötet.

Die von der Repräsentantenhaus-Kommission zur Untersuchung anti-amerikanischer Umrüte getroffenen Maßnahmen werden in einer von 350 Gewerkschaftsführern der USA veröffentlichten Erklärung als gegen die demokratische Bewegung gerichtet kritisiert.

Rücktritt der japanischen Regierung Yoshida.

Ableben Georgios Santos, des zweiten Sekretärs der Kommunistischen Partei Griechenlands.

21. Mai

In Söul findet eine Sitzung der sowjetisch-amerikanischen gemischten Koreakommission statt.

Unter Führung von A. G. Kaschnikow reist eine Delegation von Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums des finnischen Parlaments nach Helsinki ab.

Mauno Pekkala annuliert den Rücktritt der finnischen Regierung.

Francesco Nitti gibt den Auftrag zur Neubildung der italienischen Regierung zurück, da die Republikanische Partei und die Saragatgruppe (Sozialistische Partei der Werkältigen Italiens) die Teilnahme an der Regierung ablehnen.

Die Delegation der Gesellschaft für norwegisch-sowjetische Freundschaft reist aus Moskau nach Oslo ab.

VERLAGSANZEIGEN

STENOGRAMME DER ÖFFENTLICHEN LEKTIONEN DES UNIONSBUROS FÜR VORLESUNGEN

Neuerscheinungen:

- S. J. BELINKOW — *Was geht in Iran vor?* 24 S., Rbl. —,60
- Dr. phil. D. D. BLAGOI — *Puschkin*, der große russische Nationaldichter. 24 S., Rbl. —,60
- W. W. JERMILOW — *Sowjetliteratur 1946*. 24 S., Rbl. —,60
- A. ISBACH — *Die Sowjetliteratur und die zeitgenössische Literatur des Westens*. 24 S., Rbl. —,60
- Dr. phil. W. J. KIRPOTIN — *Lenin über Tolstoi*. 24 S., Rbl. —,60
- A. P. KOSSULNIKOW — *Der dritte Band der Gesammelten Werke J. W. Stalins*. 24 S., Rbl. —,60
- W. N. LINETZKI — *Rumänien nach dem Kriege*. 24 S., Rbl. —,60
- Dr. der historischen Wissenschaften A. F. MILLER — *Die Türkei und die Meerengenfrage*. 24 S., Rbl. —,60
- D. D. MONIN — *Die deutsche Frage*. 32 S., Rbl. —,60
- Dr. der historischen Wissenschaften Prof. M. W. NETSCHKINA — *Moskau im Jahre 1812*. 32 S., Rbl. —,60
- Korresp. Mitgli. der Akademie der Wissenschaften der UdSSR K. W. OSTROWITJANOW — *Das sozialistische Wirtschaftssystem und sein Vorzug vor dem kapitalistischen System*. 32 S., Rbl. —,60

VERLAG DES ZENTRALRATS DER GEWERKSCHAFTEN DER SOWJETUNION „PROFISDAT“

Neuerscheinungen:

- B. GALIN — *Die Wiedergeburt des Donezbeckens*. Aufsätze. 120 S., Rbl. 3,—
- I. L. GOREW — *Nachschlagewerk für Erfinder*. 88 S., Rbl. 2,50
Amtliche Bestimmungen und Instruktionen.
- DIE EROBERUNG. Eine Sammlung von Aufsätzen über Kultur und Leben. 132 S., Rbl. 6,—
Inhalt: F. Panferow — Die Sieger; S. Golubow — Die Schatzkammer unserer Kultur; A. Koptajewa — Eine Gemeinschaft von Enthusiasten; J. Malzew — Der Gast; T. Welednitzkaja — Väter und Söhne; I. Selwinski —
- In der Abendstunde. A. Tschakowski — Erste Erholung; S. Kedrina — Der Beruf des Herzens; A. Tschakowski — Menschen in weißen Kitteln.
- W. KUSNEZOW — *Der sozialistische Wettbewerb und die Aufgaben der Gewerkschaften*. 36 S., Rbl. —,50
- K. LEWIN — *Lokomotivführer Iwan Panin*. (In der Serie „Helden der sozialistischen Arbeit“), 56 S., Rbl. 1,—
- HANDBUCH FÜR BETRIEBSRATSMITGLIEDER. 252 S., Rbl. 3,50

VERLAG „DER MOSKAUER ARBEITER“

Neuerscheinungen:

- W. L. SNEGIREW — *Moskau auf der Wacht für die Heimat*
Die Hauptstadt Rußlands im 12.—18. Jahrhundert. 188 S., Rbl. 12,—
- P. BOBORYKINA — *Kitaigorod*. Roman in fünf Büchern. Herausgegeben und mit einer Einleitung von N. S. Aschukina. 336 S., Rbl. 17,50
- L. LEONOW — *Die Barsuk*. Roman. 352 S., Rbl. 15,—
- S. WASSILJEW — *Der gerade Weg*. Gedichte. 148 S., Rbl. 8,50
- ERKLING, MEIN LIED, ÜBER MOSKAU. Liedersammlung. 48 S., Rbl. 1,—

Alles in russischer Sprache

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UDSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRten, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.